

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7678.
 Unter Kreuzband für Preussland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Notendr-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Bietes Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 12. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Hunnenmoral.

Nach den müde schleppenden Verhandlungen der letzten Tage erhob sich die Etatsberatung des Reichstags am Sonnabend zur bedeutungsvollen Auseinandersetzung über einige der wichtigsten Fragen der deutschen Politik, deren Erörterung in der Volksvertretung die Nation schon von Tag zu Tag erwartete. Zu den wichtigsten Fragen mag der Universitätsstreit, den Dr. Sattler als Episode in die Etatsberatung schob, nicht gezählt werden, obgleich er manch helles Licht auf das Dunkel des deutschen Wissenschaftslebens warf. Dagegen war die großzügige Abschonung Webers über die allgemeine deutsche Politik und seine abschließende Beurteilung der Chinapolitik eine wahrhaft kulturelle Notwendigkeit gegenüber all dem unsäglichen Lug und Trug und all die pharisäischen Beschönigungen, durch die das offizielle Deutschland und im trauten Bündnis mit ihm die bürgerlichen Parteien das weltpolitische Hunnentum zu entlasten versuchen. . . .

Matthias v. Köller war aus Strahburg herbeigeeilt und wartete seit Tagen auf die etwaige Aufrollung des Spahn-Streits. Dr. Sattler erlöste ihn vom längeren Harren, indem er diese Frage in die schon mit Einzelheiten überlastete Etatsdebatte zog. Dr. Sattler führte nationalliberale Spezialreue, indem er den Fall Spahn kulturkämpferisch wendete und vor dem Einfluss des Kirchenregiments auf die Universitäten warnte. Matthias v. Köller hat mit den Jahren viel von der einstigen Vorkühnheit verloren, die seiner Vertretung von Unsturzverlagen einen gewissen oratorischen Reiz bewahrte, er ist nichts mehr geblieben als der Mann des Regierungsdiktatorismus, der seinen rechten Platz wiedergefunden hat als Staatssekretär in den Reichslanden der Diktatur. Der wesentliche Inhalt der Köllerschen Rede war denn auch die Ankündigung uneingeschränkter Diktatur über die Universitäten! Die Fakultäten haben nur das Recht, gehört zu werden, die Regierung allein hat zu entscheiden, wer auf den Universitäten Wissenschaft lehren darf. Wenn die Regierung gegen den Willen der Strahburger Fakultät den jungen Herrn Spahn, den Sohn des Reichs-Gerichtsrats und Centrumsführers, in Strahburg angestellt hat, so hat sie es, wie Herr v. Köller ausführte, in der weisen Absicht getan, den Katholiken, die allzu päpstlich im Lehrkörper dieser Universität vertreten sind, einen berechtigten Wunsch zu erfüllen. Es ist nur bedauerlich, daß bei der Oetzerung in Strahburg nicht ein Literaturprofessor in Frage stand, in welchem Fall gerade der Staatssekretär in den Reichslanden höchster Sachkenner gewesen wäre, der sich bereits vor Jahren in der Unsturzdebatte durch unerschütterliche Unberührtheit mit den Schöpfungen des großen Dichters Gottfried Keller auszeichnete.

Neben Herrn v. Köller hatte sich, den Verlauf der Debatte abwartend, Ministerialdirektor v. Althoff, des Kaisers Rathgeber in Universitätsangelegenheiten, niedergelassen. Nach der Liebesmahl-Rede des Professors Schmoller durfte man erwartungsvoll dem Erscheinen dieses Universitätsforschers entgegensehen, der sämtliche menschliche Genialitäten in sich vereint. Aber wie hätte wohl der alte Labator, der Meister der Physiognomie, die geistigen und moralischen Wunder des Schmoller-Hymnus im Kullig des Ministerialdirektors wiederzufinden vermocht! In dieses Gesicht hat die Natur all ihre Iose Spitzerei geworfen; sie verlieh dem Herrscher im Reiche des Wissenschaftsrechtes ein Kullig, wie es die Bilderhauer dem weinvollen Faun im lauschigen Blättergeraun geben. Doch leider blieb der listige Mund dieses Mannes heutzutage geschlossen, anstatt zu verkünden, daß nimmermehr den deutschen Gelehrten das geringste gemindert werden solle an der unverdrücklichen Freiheit der — Liebesmahl.

Herr Bache m heutzutage sodann nicht ohne Geschick die verfehlte Auffassung des nationalliberalen Redners für eine lebhafteste Befürwortung der Paritätsforderungen des Centrums aus. Erst Webel, der nun das Wort nahm, stellte den Spahnstreit auf die richtige Grundlage. Thöricht ist, so erklärte er, das liberale Gerede von der voraussetzungslosen Wissenschaft, die den Universitäten erhalten werden soll. Die Universitäten sind Staatsinstitute und der heutige Staat duldet keine Lehrer in ihnen, die die Interessen der herrschenden Klasse verlegen, duldet er doch nicht einmal Dozenten der Naturwissenschaften, wenn sie außerhalb der Universität politisch oppositionelle Anschauungen vertreten. Das Kennzeichnende im Falle Spahn kann nicht die Erfüllung von katholischen Ansprüchen sein, denn die Strahburger Fakultät hatte selbst einen katholischen Professor vorgeschlagen, sondern die Einsetzung gerade des jungen Spahn, dessen wissenschaftliches Verdienst in der Abfassung einer Geschichte des Großen Kurfürsten im Stille der Skulpturen der Sieges-Allee besteht!

Hätten bereits diese Ausführungen Webels das Haus und die Tribünen lebhaft erfasst und die Hand des in stehender Haltung nervös lauschenden Vizepräsidenten Grafen v. Stolberg an die ordnungsvollende Glode gefesselt, so würden die weiteren Ausführungen zu einer großen, nachhaltigen Abrechnung mit der Chinapolitik, die alle Gemüter mächtig in ihren Bann zog. Nachdem Webel die finanzielle Lage des Reiches, die wirtschaftliche Krise als kapitalistische Erschütterung, die Ausbeutung durch die Syndikate, den Jammer der Socialpolitik, das Wettrennen der Parteien in der Bewilligung von militärischen Ausgaben in schlagenden Darlegungen behandelt hatte, erfüllte er die Ehrenaufgabe der Socialdemokratie, das Hunnentum der Weltpolitik vor der Geschichte festzustellen. Die Redner aus fast allen Parteien hatten in den vorigen Tagen zwar möglichst wenig von China gesprochen, aber doch den „erfolgreichen und ehrenvollen Ausgang“ des Chinazuges gefeiert, und die Unwahrheit von der festgestellten Fälschung der Hunnenbriefe wiederholt. Webel wandte sich gegen diese chauvinistische Lüge, deren Dinwegraumung

die Vorbedingung ist für die Wiederaufrichtung des Völkerrechts und der geschändeten Menschlichkeit. Webel schilderte nochmals eindringlich die wahren Ursachen der Chinawirren, erinnerte an die Parole: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht, zog einen berechneten Vergleich zwischen China und Transvaal, betonte in einer Besprechung der Chamberlain-Angelegenheit die stets zur Verwilderung führenden Wirkungen des Krieges, behandelte den Befehl zur Beschlagnahme der astronomischen Instrumente, um schließlich nochmals den Fall Zeiliky und die Frage der Hunnenbriefe in aller Schärfe aufzuklären.

Drei Regierungsvertreter bemühten sich, die Anklagen unsres Redners zu widerlegen. Graf Walow bewährte seine Geistesbedeutung in der Auflösung jedes Thatsächlichen in das Gestöber schillernden Worte. Webel darf nicht die Weltpolitik gegen den Posttarif auspielen, denn — eine „vernünftige Weltpolitik“ und eine „vernünftige Heimatspolitik“ widersprechen sich nicht! Es liegt kein Grund vor, seine, des Kanzlers, neuliche Aeusserungen über den Dreibund zu kritisieren, denn — Oesterreich und Italien stimmen seinen Aeusserungen zu; Oesterreich und Italien sind also — so dürfen wir schließen — auch der Ansicht, daß der Dreibund als Notwendigkeit in der Vergangenheit liegt. Wenn Webel Minister wäre, würde er nach dem Geandtenmord auch nicht anders gegenüber China verfahren sein als die jetzige Regierung; aber über die Ursachen des Geandtenmordes sagte der Kanzler kein Wort. Wenn die Orientalen mit Europa in Verbindung kommen, so gehe es nicht ohne eine Art Gewitter ab; also waren alle Geschicknisse in Ostasien unvermeidlich. Im Ausland kritisiert niemand das heimische Heer so wie im Reichstage die Socialdemokratie; aber selbst Graf Walow, so unwillkommen ihm alle willkürlichen Thatsachen sind, könnte wissen, daß das umgekehrte wahr ist. Graf Walow endete mit der ihm niemals schenkenden Staatsmaschine, daß seine Regierung nur immer „friedlich, maßvoll und besonnen“ sei, und mit Theaterentrüstung wider die vorgeblichen Herabseher des deutschen Heeres. Diese Entrüstung bedeutet die Aufgabe der einzigen Fierde, die auch wir dem Grafen Walow bisher zuerkannt haben, der Fierde persönlicher Noblesse in der Polemik, denn sie beruht auf einer zweifellosen Verfälschung der Webelschen Ausführungen, in denen, außer einer Kritik des Krieges, nichts gegen deutsche Truppen gesagt war; freilich wie sollte in der Vertretung des Hunnentums nicht schließlich jegliches Mittel benutzt werden?

Der Kriegsminister v. Goltz hat den unangenehmsten Teil der Entwidnung auf Webels Anklage, Auskunft zu geben über die Einführung der astronomischen Instrumente und über die Einstellung des Hauptmanns von Zeiliky in die preussische Armee.

Zu seinen Mitteilungen bezüglich der astronomischen Instrumente befreite sich der Kriegsminister einer begrifflichen Hartigkeit und gänzlich unmillitärer Ungenauigkeit. Der Kriegsminister giebt zu, daß Graf Waldersee die Beschlagnahme chinesischer Staatseigentums anbefohlen habe. Dies ist nun schon an sich ein seltsamer Befehl gegen einen Staat, mit dessen Regierung man sich überhaupt nicht im Kriegszustand beand; doch hiervon sei abgesehen; die Frage bleibt, wer hat denn nun die Beschlagnahme gerade der astronomischen Instrumente angeordnet und durchgeführt? Denn diese Beschlagnahme von Gegenständen der Kunst und Wissenschaft war nicht eine kriegerische gestatete, sondern eine völkerrechtswidrige. War Graf Waldersee der Urheber auch dieses besonderen Beschlagnahme-Aktes? War er es, der die Ueberführung der Instrumente nach Deutschland anbefahl, obgleich die Beschlagnahme im Kriegsbrecht nur eine vorläufige Maßnahme bedeutet und von vornherein auf der Absicht der Zurückgabe bei der Kriegskosten-Verrechnung beruht? Wie endlich war es möglich, daß, nach der Ausführung des Kriegsministers, die Fortführung der astronomischen Instrumente erst nach ihrer Ankunft in Deutschland zur Kenntnis der Regierung gelangte, während mittlerweile längst in China die Verhandlungen über die Kriegskosten-Entscheidung gepflogen wurden?

Mehr Klarheit ist in die Angelegenheit des Hauptmanns v. Zeiliky gekommen. Unausgesselt ist geblieben, warum der bayrische Kriegsminister, als in der bayrischen Abgeordnetenkammer v. Wolmar das Gerücht, v. Zeiliky sei auch wegen Feigheit prozessiert worden, nicht Auskunft erteilt hat. Klar aber ist, daß v. Zeiliky nicht wieder in die bayrische Armee aufgenommen ist, weil er wiederholter Soldatenmissethätigkeit überführt wurde. Klar ist ferner, daß der preussische Kontingentsherr den Hauptmann, der mittlerweile mit dem Roten Adlerorden geehrt war, nach Kenntnis der betreffenden Gerichtsakten der Aufnahme in die preussische Armee für unwürdig erachtet hat. Ueberaus anschaulich beleuchtete der dritte Bundesratsvertreter, der gegen Webel auftrat, aber für Webel sprach, diese Situation, indem er die Anschauungen der Offiziere zu diesem Fall also wiedergab; Der bayrische Kriegsminister hat die Sache Zeiliky sehr streng angesehen, nicht so streng ist sie von S. Majestät angesehen worden. General v. Anders hat den Beweis geliefert, den er liefern will, daß er kein Diplomat ist.

Hinsichtlich die Hunnenbriefe hat Herr v. Goltz das bisherige Verfahren fortgesetzt; sie seien teils in Europa fabriziert, teils enthalten sie nur Neuomstereien. Den Beweis für die Fabrikation in Europa bieten nach wie vor nur die niemals zur Abfendung aus China gekommenen Korrespondenzen Spahnbriefe, denen noch dazu das seltsame Unheil widerfahren ist, daß die Adressen, an die sie adressiert werden sollten, in China verloren gingen. Den Beweis für den angeblich unrichtigen Inhalt der Briefe aber findet Herr von Goltz darin, daß bei seiner Gerichtsverhandlung der Beweis für die Richtigkeit desselben erbracht sei. Herr v. Goltz that gut, nichts davon zu

wissen und, obgleich Webel es ihm kurz zuvor vorgehalten hatte, nichts davon gehört zu haben, daß der Wahrheitsbeweis durch das Gericht abgeschnitten worden ist. Herr v. Goltz bewährte auch auf die Frage verständige Zurückhaltung, warum denn, wenn man Wahrheit wolle, die zahlreichen Veröffentlichungen von Hunnenbriefen in Amtsblättern und die klaffenden Zungen des Hunnentums, die Kriegskorrespondenten der bürgerlichen Blätter, nicht zur Aufklärung herbeigezogen worden sind.

Die Etatsdebatte konnte so nicht, wie beabsichtigt war, am Sonnabend zu Ende geführt werden, sie wird voraussichtlich noch mehrere Tage andauern. Doch bereits als Ergebnis der Sonnabend-Debatte ist festzustellen: So sehr Regierung und bürgerliche Parteien einig sind, zu den Völkerrechtswidrigkeiten und Verwahrlosungen des Chinazuges noch die nicht weniger schwere Schuld der Beschönigung aller jener Geschicknisse zu tragen, so sehr verbleibt vor der richtenden Geschichte die Socialdemokratie der Anwalt der Wahrheit und der Menschlichkeit. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Januar.

Der mißglückte Koton.

Die ungläubliche Tapferkeit des Herrn Liebermann v. Sonnenberg war in der Freitag-Sitzung von Herrn v. Walow sofort als, wie ein sonst in Walow-Berherrlichung machendes Blatt sich ausdrückt, „hochwillkommener Anlaß“ aufgegriffen worden, um den von der ergrünten englischen Regierungspresse von ihm geforderten Koton mit der ihm so wohlwollenden Uebung zu exekutieren. Des Deutschen Reiches Kanzler, der am Mittwoch den von Herrn Chamberlain gebrauchten Vergleich der englischen Armee mit der deutschen Armee als eine zwar unbedachtete, aber darum nicht minder schwere Beleidigung des deutschen Heeres mit einem ganz ungewohnten Aufwand von Pathos zurückgewiesen hatte, brachte es fertig, achtundvierzig Stunden später mit genau denselben mißbilligenden Kanton seiner Denkschrift Herrn Liebermann von Sonnenberg den Text zu lesen und der englischen Armee ein Unbescholtens-Aktef auszustellen. Daß der Gang nach Consofa der Entgeißung so unmittelbar auf dem Fuße folgen würde, hatte man sicher auch in England nicht zu hoffen gewagt. Freilich: das schier Unmögliche, bei und wird's Ereignis!

Aber die englische Regierungspresse ist, wie wir ja vermuteten, nicht so ohne weiteres bereit, den reinigen Sünden Absolution zu erteilen. Sie erklärt in spröder Jurisdiktion den Koton für nicht ceremoniös genug, sie verlangt weitere, demütigere Abbitte. So schreiben die „Times“:

Selten, wenn überhaupt jemals, ist eine befreundete Nation in einem fremden Parlament so gröblich beschimpft worden, und niemals hat, so weit wir uns erinnern können, eine Beleidigung eine so milde Zurückweisung von dem Vertreter der fremden Macht erfahren, wie die Zurückweisung war, die Graf Walow gegenüber dem Abgeordneten v. Liebermann für ausreichend erachtete. Was wir von dem Minister eines befreundeten Staates erwarten können, ist eine bündige Abweisung der Schmähungen, die vor seinen Ohren ausgesprochen wurden, nicht nur mit Rücksicht auf die englischen Soldaten, die gefallen sind, sondern auch auf diejenigen, die noch leben.

Die britische Geduld und Langmut werden erschöpft werden, wenn Graf Walow sich einbildet, daß er um die Freundschaft Englands buhlen, gleichzeitig aber die Uniform des Königs, die Uniform, in welcher unsere Freunde und Verwandte gegenwärtig ehrenvoll in Südafrika kämpfen, dazu benutzen kann, seinen parlamentarischen Fuß darauf abzuwaschen.

Und das offizielle Regierungsorgan, „Standard“, schließt sich dieser scharfen Kritik durchaus an.

Walow muß sich also mit Herrn Liebermann oder einem andern antimilitärischen Kläfer noch einmal ins Vernehmen setzen, damit er seinen Gang nach Consofa noch einmal wiederholen kann; aber diesmal mit gebührend zerknickter Kamefunder-Miene, ganz ohne den koketten Fanzelschritt des verdächtigen diplomatischen Camfours.

Wie wir über Herrn Chamberlain und die englische Kriegsführung in Südafrika denken, ist hinlänglich bekannt. Aber das müssen wir wiederholt konstatieren: Die englische Regierung befindet sich Herrn Walow gegenüber völlig im Recht. Entweder mußte Herr Walow mit — so schwer es ihm auch fallen mochte — sitzlichen Genste die erste Anklage des Hunnentums gegen die englische Kriegsführung erheben, oder der diplomatische Takt und der gesunde Menschenverstand mußten es ihm verbieten, dem Repräsentanten der englischen Südafrika-Politik einen Stich in die Waden zu versetzen, mit der gleichzeitigen Liebeswürdigung Belauerung, der Stich gelte nicht der englischen Regierung, nicht der Südafrika-Politik, ja nicht einmal Herrn Chamberlain selbst, sondern der — wie er zugeben wolle — entstellten Chamberlain-Rede, gegen die sich der Rärm der Alldutschen erheben habe. Das war schwachlich, inkonsequent, unlogisch, geradezu sinnlos. Und der pyffige Rückzug, den er zwei Tage darauf antreten zu können glaubte, verschlepperte seine Lage nur noch mehr und giebt der englischen Regierungspresse begründeten Anlaß zu den bössartigsten und böchastesten Angriffen.

Herr v. Walow wird also nicht umhin können, öffentlich zu erklären, wo durch eigentlich Chamberlain in seinen Augen die deutsche Armee beleidigt hat. Durch den bloßen Vergleich? Dann

zelen Fällen ziemlich herbe Worte von dem Hauptmann gebraucht worden sind. Diese Worte sind zum Teil rein fälschlicher Art. (Große Heiterkeit.) In einzelnen Fällen hat Hauptmann von Feilich die Leute, wie sie selbst angegeben haben, etwas geschüttelt. Es ist festgestellt worden, daß diese etwas harten Worte und dieses sogenannte Schütteln nur erfolgt ist bei sehr groben Verwundlichkeiten der Leute. Ich habe die Akten durchgesehen. Es ist nur bei sehr schweren Vergehungen eingeschritten worden. So hatte ein Posten einen Chinesen laufen lassen, der unbedingt in Haft behalten werden sollte. Ferner hat man Manillere laufen lassen, lauter Vergehungen, die mit strengem Arrest hätten bestraft werden müssen. Das war aber in China, wo man jeden Tag ein andres Quartier hatte, nämlich. Trotzdem mußte natürlich gegen den Hauptmann von Feilich durch ein kriegsgerichtliches Urteil erkannt werden. (Abgeordneter Bebel ruft: Aha!) Wenn Herr Bebel das Strafgesetzbuch kennt, müßte er wissen, daß eine gerichtliche Verurteilung erfolgen mußte. Herr v. Feilich ist kriegsgerichtlich mit einer Freiheitsstrafe belegt worden. In übrigen hat der bayrische Bataillonskommandeur des Herrn v. Feilich ihm besonders attestiert, daß er bei jeder Gelegenheit seine Schuldigkeit getan und sich bei besonderen Aufträgen besonders ausgezeichnet hätte. (Hört, hört! rechts.) Es ist nun mit dem bayrischen Kriegsminister unterhandelt worden, wo der Hauptmann v. Feilich einzustellen wäre. Herr v. Feilich selbst hat gebeten, in der preussischen Armee eingestellt zu werden. Auf Grund der Vorgänge, die Se. Majestät der Kaiser selbst eingehend geprüft haben, haben Se. Majestät beschlossen, Herrn v. Feilich als Hauptmann und Compagniechef im 82. Regiment einzustellen, und wir sind alle der Überzeugung, daß er ein treffliches Mitglied unserer Armee sein wird. (Beifall rechts.)

Bayrischer Generalmajor v. Endres:

Herr v. Feilich hat niemals das Erlauchen gestellt, wieder in die bayrische Armee aufgenommen zu werden. Wenn Abgeordneter Bebel Vorwände in der bayrischen Abgeordnetenkammer hier behauptet hat, so kann ich ihm auf Grund der Reichsverfassung auf diesem Gebiete nicht folgen. Die Verhandlungen in unserer Abgeordnetenkammer sind ausschließlich interne Angelegenheiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel vermutete, ein Artikel der „Augsburger Abendzeitung“ sei vom bayrischen Kriegsministerium inspiriert worden, um dem preussischen Kriegsministerium Unannehmlichkeiten zu bereiten. Wenn die beiden Ministerien etwas miteinander zu reden haben, so geschieht das auf anderem Wege. Gegen Herrn von Feilich ist auf eine schwere Strafe erkannt worden. Wenn man ihm gesagt hätte, daß er in der bayrischen Armee nicht wieder aufgenommen werden könne, so hätte er außer dem Erlauchen der Freiheitsstrafe auch noch seine gesamte Ehre verloren. Ich will keineswegs behaupten, daß er ungerecht bestraft worden sei. Aber unser Herr Minister hat die Sache sehr streng angesehen. Die Einweisung in die preussische Armee sollte bewirken, daß für diese schwere Strafe eine gewisse Remede eintritt. Von selten Preussens wurde die Sache nicht so sehr streng angesehen.

Zum Schluß hat mich Herr Bebel einen Diplomaten geheißen. Ich glaube nicht, daß die Herren aus meiner letzten Rede den Eindruck gehabt haben, daß ich in diplomatischer Weise meine Gedanken zu verdecken suche. (Heiterkeit.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Herr Bebel (Soz.): Im Laufe der Debatte werde ich noch Gelegenheit haben, dem Grafen Bülow und Herrn v. Goltz zu antworten. Der Kriegsminister hat heute auf meine Rede vom 28. November 1900 Bezug genommen, in der ich gesagt habe, daß ich die Verfasser der Hummerbriefe nicht nennen dürfe. Ich hatte deshalb keinen Grund, dies zu thun, weil die Hummerbriefe in der Presse veröffentlicht waren, weil ich mich nur auf bereits veröffentlichte hier bezog und weil ich keine Briefe benutzte, die mir privatim zugegangen waren. Ich habe heute nicht erklärt, daß ich die Echtheit des Inhalts für bewiesen halte (Aha! rechts), sondern nur die Echtheit der Briefe selber.

Herr Dr. Sattler (natl.): Herr Böhnen hat mich etwas sagen lassen, von dem er nur gewußt hat, daß ich es sagen würde.

Herr Dr. Böhnen (Chr.) bestreitet, falsch zitiert zu haben. Herr Bebel hat behauptet, die Verurteilung Spahns sei wegen seines Vudues über den Großen Kurfürsten erfolgt. Das Vudue ist aber noch nicht erschienen gewesen, als die Verurteilung bereits erfolgt sei.

Herr Bebel (Soz.) wiederholt, daß ihm der Sachverhalt so, wie er ihn vorgetragen, mitgeteilt worden sei.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6¼ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen Elsaß-Lothringens hielten in Colmar eine Landeskonferenz ab, deren wichtigste Gegenstände die Reform der Landesorganisation und die Regelung der Verhältnisse bildeten. Nach dem Bericht der Straßburger „Freien Presse“ wurde allseitig hervorgehoben, daß sich die im Jahre 1897 bei Gründung der neuen Landesorganisation gehegten Erwartungen nicht erfüllt haben. Der Fehler wurde in der allzu strengen Centralisation erblickt, die den einzelnen Bezirken nicht die genügende Aktionsfähigkeit gewährte und der so verschiedenartig gestalteten wirtschaftlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung trug. Man einigte sich schließlich auf einen Antrag Wöhle, laut welchem das Land in drei Bezirke eingeteilt wird, für welche selbständige Agitationskomitees gewählt werden. Ueber die Presse wird berichtet: Sowohl die „Wiltshauer als auch die Straßburger Genossen einigten sich dahin, vom 1. Januar ab selbständig ein Blatt für sich herauszugeben. Für Wiltshausen erscheint nun seit diesem Tage die in Frankfurt gedruckte „Freie Presse“, sozialdemokratisches Organ für Oberloth, während in Straßburg die „Freie Presse“ für Elsaß-Lothringen weiter erscheint. Mehrere Redner aus der Provinz tadelten das Vergehen der beiden Städte. Beide Wälder wurden jedoch von der Konferenz als Parteiblätter anerkannt und es den Genossen der einzelnen Partei-Orte überlassen, welches Blatt sie in Zukunft beziehen wollen.

Der gefesselte Redacteur, Genosse Anton Bredendek in Dortmund, verließ am Donnerstag das Gefängnis, in dem er 6½ Monate zugebracht. Mehrere hundert Parteigenossen empfingen ihn am Bahnhof und bewiesen ihm durch ein freudiges Willkommen ihre Sympathie und Achtung. Lange wird er sich der Freiheit nicht erfreuen, da bereits wieder eine Strafe von 3 Monaten gegen ihn rechtskräftig geworden ist.

Einen Gantag wird die sozialdemokratische Partei Nordbayerns am 23. Februar in Bayern abhalten.

Totenliste der Partei. Einen ihrer treuesten und ältesten Kämpfer verloren die Parteigenossen in Ehlingen durch den Tod des ehemaligen Spinners Silberhorn. Er hat namentlich unter dem Sozialistengesetz manches schwere Opfer gebracht und vielfach Proben seiner Charakterfestigkeit abgelegt. Ein Betriebsunfall machte ihn zum Krüppel, was ihm den Kampf um das tägliche Brot besonders erschwerte. Die Parteigenossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein auffälliges Verfahren der anhaltischen Regierung offenbarte sich in einem Prozesse, der gegen den verantwortlichen Redacteur unseres anhaltischen Parteiblattes, den Genossen Günther in Dessau, angedreht worden ist. Günther veröffentlichte im April v. J. einen Brief des damaligen Kreisphysikus Dr. Welsche, jetzt Deputierter für Medicinalangelegenheiten bei der anhaltischen Regierung. Der Brief war gerichtet an den Vorgänger Dr. Welschen in seiner jetzigen Stellung und enthielt eine scharfe Kritik der Zustände im Vermunter Krankenhaus. Durch den Inhalt dieses Briefes, dessen Schreiber also Mitglied der anhaltischen Regierung ist, schloß sich der Director des Kranken-

hauses, Dr. Hagemann, beleidigt und stellte Strafantrag; oder nicht etwa gegen den Briefschreiber, sondern natürlich gegen den Zeitungsredacteur.

Man bezweifelte nämlich die Echtheit des Briefes, und diesem Zweifel gab der Vorsitzende des Gerichts auch im Termin Ausdruck. Günther hatte nun außer andern Beweiserhebungen auch die Ladung des Briefschreibers, des Dr. Welsche, beantragt, zum Beweise dafür, daß er den Brief geschrieben und daß die darin behaupteten Thatsachen wahr seien. Dieser Hauptzeuge war aber im Termin nicht erschienen und der Vorsitzende theilte mit, daß die Regierung dem Zeugen die Zeugnisablegung verboten habe.

Nach längerem Verhandeln über dieses und begreifliche Verfahren legte schließlich Günther das Original des Briefes vor, der vom Vorsitzenden des Gerichts sofort als echt anerkannt wurde.

Das Gericht beschloß nun die Ladung dieses Zeugen abzumachen und vertagte die Verhandlung.

— Aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen wurde unser Genosse Gaskow in Höchst a. M. und zwar aus den bekannten politischen Gründen. Gaskow war Oesterreicher und von Beruf Harkennacher; er gehörte dem Socialdemokratischen Verein an, hat sich aber sonst in der öffentlichen Agitation wenig hervorgethan.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Konflikt im Holzarbeitergewerbe.

Eine Generalversammlung der Berliner Tischlervereine, die zu derselben Zeit tagte, wie die Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, über die wir gestern berichteten, beschloß die Aussperrung der Holzarbeiter in den nächsten Tagen vorzunehmen, wenn die Sperre über die Firmen Weinland, Weisler, Pische und Hältenberg nicht aufgehoben würde. Die Junger beschloß sich wegen der Aussperrung mit allen Vorständen der „befreundeten“ Verbände in Verbindung zu setzen, damit die Aussperrung von 10 Prozent der Arbeiter über alle Betriebe der Holz-Industrie ausgeübt werde. Die Aussperrung soll sich lediglich auf die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes erstrecken. Diese letztere Einschränkung beweist, daß es sich in diesem von den Arbeitgebern bewußtweise vom Range gebrochenen Streit lediglich um eine Verletzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter handelt. Leider — oder vielmehr glücklicherweise — hat die Rechnung der Herren ein Loch. Genauntlich steht es keinem Arbeiter an der Nase geschrieben, ob er Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes ist oder nicht, zu einem Offenbarungseid über diese Frage können die Arbeiter auch nicht gezwungen werden, und da auch das überzeugteste Verbandsmitglied auf die Frage: „Wilst du gemahrt werden, dann bekenn, daß du Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes bist?“ nicht zu antworten braucht: „Ja, ich bin Mitglied und bitte um gefällige Mahnung“, so werden die Herren eben ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaft oder auf vage Vermutungen hin mahnen müssen. Damit erreichen sie aber das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen. Sie zwingen die ohne jeden Rücksicht dastehenden Richterverbände, die in jedem Augenblick auch eine Mahnung zu befürchten haben, dem Verbände zu ihrer eigenen Sicherheit beizutreten und fassen ihre Verurteilungen ahnungslos mit heimlich Organisierten. Der Vorteil hat dann der Holzarbeiter-Verband, der seine verdeckt stehenden Truppen je nach Gelegenheit und Konjunktur bald da bald dort los-schlagen lassen kann.

Der Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend giebt hiermit bekannt, daß von jetzt ab bis auf weiteres jeden Abend von 7-9 Uhr bei Franke, Pallasadenstr. 9, Hof parterre, die Bureau-sunden stattfinden. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Zur Einigung der Maurer. Die Maurer Braunschweigs machten schon vor einiger Zeit den Versuch, eine Einigung zwischen dem Centralverband der Maurer und den Lokalorganisationen desselben Berufs herbeizuführen. Der Vorschlag wurde einer Häuser-Kommission unterbreitet, von dieser aber abgelehnt. Am 29. Dezember vorigen Jahres beschloß sich nun mit derselben Angelegenheit eine Konferenz der lokalorganisierten Maurer des Herzogtums Braunschweig. Dieselbe war besetzt: aus Braunschweig durch 4, aus Blankenburg, Wernigerode, Gifhorn, Schöppenstedt durch je 2, aus Haffelfelde, Gr. Veltheim, L. Biede, Welfenhof, Midagshausen und Broitzem durch je 1 Delegierten. Außerdem waren von Vorstand des Centralverbandes Vömlerburg und von der Geschäftsleitung der Vertrauensmänner-Centralisation Kater und Püttlich aus Berlin anwesend. Auf dieser Konferenz wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß eine Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, im Kampfe gegen das Kapital die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, möglichst alle Arbeiter in sich vereinigen muß, in weiterer Erwägung, daß die prinzipiellen Gegensätze, welche bisher noch hemmend zwischen den Organisationen der Maurer vorhanden waren, beseitigt sind — und in weiterer Erwägung, daß durch die Verhandlungen der beiden bestehenden Maurerorganisationen leider keine Einigung erzielt wurde, beschloß die heutige Konferenz: Alle anwesenden Delegierten verpflichten sich, möglichst eingehend in den Versammlungen ihrer Organisation darüber zu diskutieren, ob es zweckmäßig sei, sich dem Centralverband der Deutschen Maurer anzuschließen.“

Die Delegierten aus Blankenburg und aus Wernigerode entzogen sich der Abstimmung. — Dieser Tage besahe sich nun mit diesem Beschluß die „Freie Vereinigung der Maurer Braunschweigs“. Mit 108 gegen 50 Stimmen beschloßen die Anwesenden die Auflösung der „Freien Vereinigung“ und den Anschluß an den Centralverband der Maurer. Damit ist zur Einheit der Organisation im Maurergewerbe ein bedeutsamer Schritt gethan.

Die mechanische Segeltuchweberei von Gottschalk u. Co. in Kassel hat ihren Arbeiter eine 20prozentige Lohnherabsetzung, welche am 18. Januar in Kraft treten soll, als Renchjahresgehalt angeboten. Derselbe betrifft alle gangbaren Qualitäten. Wer nicht zu dem neuen Lohn arbeiten will, soll den Stuhl stehen lassen. Die Arbeiter sind nicht gewillt, dies gutwillig hinzunehmen und treten in die Lohnbewegung.

Die sechste ordentliche General-Versammlung des Textilarbeiter-Verbandes findet an beiden Osterfeiertagen im Lokale „Zum binten Voo“ in Kassel statt.

Streik italienischer Lohndrücker. Sämtliche am Thosperrerbau in Parklissa beschäftigten italienischen Arbeiter, etwa 100 an der Zahl, haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelagt und nehmen eine drohende Haltung gegen die nichtlandständigen deutschen Werkführer und Beamten ein. Die Gendarmerie wurde aus den benachbarten Orten telegraphisch in die Nähe der Baustelle zusammengezogen.

Zerlegung in den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen. Man schreibt uns aus Kassel: Genauntlich drängen schon seit einiger Zeit eine Anzahl Mitglieder der Gewerkvereine darauf, daß der bekannte Revers, wonach Socialdemokraten nicht Mitglieder werden können, aus dem Statut gestrichen werde. Auf dem Kongreß, welcher Anfangs vorigen Jahres in Köln tagte, ist die Opposition zwar in der Minderheit geblieben, weil die alten Führer mit der Wucht ihrer Autorität sich gegen die Streichung des Reverses aussprachen, doch war die Minderheit schon eine ziemlich bedeutende. Ihren Hauptstützpunkt hat die Opposition in Rheinland und Westfalen, in welchen Bezirken die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine überhaupt wohl ihre meisten Mitglieder haben. Beiläufig bemerkt, beträgt die Mitgliederzahl der Gewerkvereine nach der

neuesten Statistik annähernd 92000. Die Führer der Opposition wollen aber auch sonstige Reformen in den Gewerkvereinen einführen, sie stellen sich nämlich auf den Standpunkt, daß man mit den übrigen Gewerkschaften für eine Besserstellung der Arbeiter einzutreten habe, statt sich wie bisher feige zu drücken. Aus dem Grunde sei es nötig, sich von der freisinnigen Volkspartei zu emancipieren und die Gewerkvereine vollständig von jeder politischen Partei unabhängig zu machen. Als nun aber die Opposition für diese ihre Ansicht Propaganda in der Gewerkvereinspresse machen wollte, da verbot man ihr von Seiten der Hauptleitung in Berlin die Spalten der Presse und schloß einige der Führer aus. Dies war Oel ins Feuer gegossen, denn die Opposition gründete jetzt in Düsseldorf ein eigenes Organ, „Der Gewerkvereinsbote“, und bestellte einen der Ausgeschlossenen, einen Herrn Halstenberg, zum Redacteur. Das Organ besteht nun ein Jahr und scheint die Opposition durch die Schreibweise desselben sehr verstärkt worden zu sein. Schwere Prekedenzen hat es schon mit den Organen des Berliner Centralvorstandes ausgefochten, welcher das Düsseldorf Blatt in Nacht und Damm gethan hat. Aus der Abommenseneinladung des „Gewerkvereinsboten“ wollen wir einige Sätze wiedergeben, um die Stimmung zu illustrieren, welche in den Lagern der feindseligen Brüder Platz gegriffen. Es heißt da unter anderem:

„Man hat es in den Zeitungen noch nicht verwunden, daß seit einem Jahre eine Stelle in der Gewerkvereinsorganisation vorhanden ist, die den Herren auf die Finger sehen kann und die unerschrocken in der Öffentlichkeit die unterstützt, die einen freisinnlichen Zug in die Gewerkvereinsbewegung bringen wollen. Nicht den Reformern wird der „Gewerkvereinsbote“ am meisten von den Berlinern und ihrem Anhang gehaßt und gar zu gerne würde man unser Verschwinder sehen. Wir glauben das den Herren gerne, denn in dem Justizhausstaate, den sie zu errichten beabsichtigen, ist ein Blatt, das den „Großen“ in der Organisation ungeschminkt die Wahrheit sagt, nicht zu gebrauchen. . . . Gegen die Versuche, eine Antipolitik in einer freien Arbeiterorganisation einzuführen, gegen die Versuche, mit zweierlei Maß innerhalb einer freien Berufsorganisation zu messen, muß jeder, der ehrlich das Fortkommen der Gewerkvereinsbewegung erstrebt, auf das entschiedenste ankämpfen und die unterstigen, die in diesem berechtigten Kampfe als Führer stehen. . . . Verbandsgenossen, zeigt, daß ihr mit der brutalen Gewaltpolitik der herrschenden „Großen“, von der die letzten Nummern des „Regulators“ und des „Gewerkvereins“ Zeugnis ablegen, nicht einverstanden seid. Protestiert gegen diese Wirtschaft, indem ihr die Versprechungen der Reformen unterstüßt.“

Der Generatrat sucht jetzt die Weiser dadurch zu dämmen, daß er Ortsvereine, in welchen der Vorstand aus Anhängern der Opposition besteht, auflöst; das Schicksal traf dieser Tage auch den Ortsverein in Oberbill bei Düsseldorf, welcher 200 Mitglieder zählte. Die Mitglieder der aufgelösten Vereine schloßen sich gewöhnlich wieder zusammen, wählen einen neuen Vorstand und treten in ihre alten Rechte wieder ein. Der Oppositionsgeist ist aber der nämliche geblieben trotz der Auflösung. Die Sache ist so weit gekommen, daß entweder der Centralrat der Opposition Konzessionen machen muß, oder aber die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine gehen in den beiden Provinzen zu Grunde, was von unsen Standpunkte nur zu begrüßen ist.

Ausland.

Subvention für die Gewerkschaften. Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Gewerkschaften durch die Arbeitslosen-Unterstützung, hatten wir seiner Zeit den Vorschlag gemacht, die Gemeinde möge Subventionen an die Gewerkschaften gewähren, um diesen die Kosten bei der gegenwärtig großen Arbeitslosigkeit zu erleichtern. Unser Vorschlag hat in der bürgerlichen Presse viel Angriffe erfahren, ohne daß wir von Unrechtmäßigkeit unseres Verlangens überzeugt wären. Wenn andre Korporationen oft zu viel weniger nötigen Aufgaben Unterstützung erhalten, dann wäre das Verlangen der Gewerkschaften gewiß nicht unbillig zu nennen.

Auch im Auslande sind unsere Parteigenossen auf solchen Anforderungen gekommen. Dr. Adler stellte im österreichischen Landtag bei Verapung des Reichstages in Wien folgenden Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen: Dem Landesauschuss wird ein Credit von 50 000 Kronen eingeräumt mit dem Auftrage, aus diesem Credit den Gewerkschaften und Fachvereinen der Arbeiter in Wien und Niederösterreich zu dem Zwecke Subventionen zu gewähren, um ihnen zu ermöglichen, jenen arbeitslosen Mitgliedern, die die ihnen statutenmäßig gebührende Arbeitslosen-Unterstützung bereits in Anspruch genommen haben, weitere Anhilfen zu gewähren. Diese Subventionen sind auf jedesmaliges Erscheinen der Vereine zu gewähren und von den Vereinen detaillierte Berichte über die Verwendung der Summen zu verlangen.“

Kaisrich wurde der Vorschlag von den Christlichsocialen niedergebührt und nicht einmal zur Abstimmung zugelassen. Wie schon berichtet, haben sich auch unsere dänischen Parteigenossen neben einigen andern Forderungen zu einem ähnlichen Vorschlage entschlossen.

Die Arbeitslosigkeit nimmt in Kopenhagen erschreckend zu. Am Mittwoch fanden 4 große Arbeitslosen-Versammlungen in der dänischen Hauptstadt in großer Saale des Guttemplordens und in den drei größeren Versammlungshäusern der Arbeiterschaft statt. In allen 4 Lokalen standen die Versammlungsbesucher dicht gedrängt bis auf die Treppen und Gänge, um die Vorträge der Volkstümlichen-Abgeordneten N. Jensen, Borgbjerg, Sigwald Olsen und des Stadtverordneten P. Knudsen anzuhören. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der Regierung und Reichstag aufgefordert werden, so bald wie nur möglich die von der socialdemokratischen Fraktion eingereichten Gesetzesvorschläge betreffend die Arbeitslosigkeit zur Durchführung zu bringen.

Der Krosigt-Prozess

vor dem Reichs-Militärgericht.

Die Verhandlung im Krosigt-Prozess hat gestern dahin geführt, daß beide Urteile, sowohl das Todesurteil gegen Marten als das freisprechende gegen Hidel aufgehoben wurden. Der Prozess wurde in die Vorinstanz zurückgewiesen. Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht zu:

Der kleine Saal, in welchem gestern vor dem Reichs-Militärgericht über den Gumbinner Nordprozess verhandelt wurde, bietet im Hörsaalraum nur für etwa 40 Personen Platz. Die erste Platzreihe ist für die Vertreter der Presse bestimmt. Unter den Zuhörern befinden sich überwiegend höhere Militärs und Juristen, auch mehrere Damen wohnen der Verhandlung bei. Pünktlich um 10 Uhr erscheint der Gerichtshof, dem Generalmajor v. Kallenberg-Sachsen vorsteht. Der Verhandlungsrichter, Senatspräsident Prof. Dr. Weiffenbach, eröffnet die Verhandlung, indem er den Anruf der Angeklagten anordnet. Von diesen erscheint nur der Angestellte Sergeant Hidel, in Uniform, und nimmt neben den Verteidigern Rechtsanwältin Dr. v. Simon (für Marten) und Dr. Dieber (für Hidel) Platz. Der Dragoner Franz Marten, gegen den die inzwischen rechtskräftig gewordene Strafe wegen Fahnenflucht gegenwärtig vollstreckt wird, ist nicht zur Stelle. — Der Berichterstatter Reichs-Militärgerichtsrat Meng giebt eine eingehende Darstellung der Ergebnisse der beiden früheren Verhandlungen des Falles vor den Gerichten in Gumbinnen. Das ausgefertigte Urteil des Ober-Kriegsgerichts, durch welches

Marten zum Tode verurteilt und Hidel freigesprochen wurde, bildet ein ziemlich umfangreiches Aktenstück. Wegen das Urteil ist seitens des Marten sowohl als auch wegen der Freisprechung des Hidel seitens des Gerichtsherrn die Revision eingelegt worden. Das Urteil beschäftigt sich in eingehendster Weise mit der Feststellung des Zeitpunktes, in welchem das Verbrechen begangen ist und der zeitlichen Möglichkeit, daß Marten der Täter sei. Aus der Gumbinner Verhandlung ist bekannt, daß dabei mit wenigen Minuten gerechnet wird. Das den Hauptbelastungszugungen Sappel betrifft, so führt das Urteil an, daß dieser dem Ober-Militärgericht durchaus glaubwürdig erschienen sei.

Das Ober-Kriegsgericht hat die Verdachtsmomente gegen Hidel nicht für ausreichend erachtet, um seine Schuld festzustellen. Das Ober-Kriegsgericht habe festgestellt, daß jedenfalls zwei Personen die That im bewußten und gewollten Zusammenwirken verübt haben. Der Dragoner Stoppel könne nicht der Mithäter des Marten gewesen sein, denn es sei nicht anzunehmen, daß er seinen verbrecherischen Plan einem Untergebenen anvertrauen werde, außerdem sei Marten mit Stoppel verurteilt gewesen. Bezüglich des Mithäters stehe nur fest, daß es ein Unteroffizier gewesen, der, wie Marten, Mantel und Schirmmütze trug. — Marten habe wegen Mordes verurteilt werden müssen, denn es spreche nichts dafür, daß er im Affekt gehandelt habe, aber es deute alles darauf hin, daß er mit voller Ueberlegung bei der That vorgegangen sei. Deshalb habe das Ober-Kriegsgericht unter Aufhebung des ersten Urteils den Angeklagten Marten wegen Mordes und Meuterei zum Tode, Ehrverlust und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt, die gegen die Freisprechung Hidels eingelegte Revision dagegen zurückgewiesen.

Die **Verlesung des Erkenntnisses** nimmt fast zwei Stunden in Anspruch. Im Anschluß daran hebt der Richterstatter die einzelnen Momente der vom **Rechtsanwalt Burchard-Justerburg**

Revision und die Gegenerklärungen des Gerichtsherrn hervor. Die Klage, daß im Widerspruch mit § 70 der Gerichtsverfassung ein Oberkriegsgerichtsrat durch einen nicht ständig angestellten richterlichen Beamten vertreten worden sei, wird vom Gerichtsherrn als unzutreffend widerlegt. — Die Revision trägt ferner, daß die militärischen Mitglieder des Gerichtshofes nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, vor dem 1. Januar 1901, sondern erst im Juni 1901 zu stellvertretenden Mitgliedern des Oberkriegsgerichts berufen worden seien. Es wird darauf erwidert, daß die Mitwirkung der Offiziere nicht nur für diesen speziellen Fall, sondern für den ganzen Rest des Geschäftsjahres bestimmt worden sei. Solche Stellvertreter seien für Alfenstein, Küst und Gumbinnen ernannt worden, da es dem dienstlichen Interesse nicht entspreche, daß die in Königsberg anwesenden Mitglieder des Ober-Kriegsgerichts in den einzelnen Fällen Reizen, die oft mehrere Tage dauern würden, in dem ausgedehnten Corpsbezirk machen. Wie der Richterstatter mittelst, hat nach einer Auskunft des Generalcommandos eine unbedingte „Verhinderung“ der ordentlichen Mitglieder des Ober-Kriegsgerichts in der Zeit vom 15.—20. August 1901 nicht vorgelegen. — Ferner trägt die Revision, daß die Öffentlichkeit in dem Verfahren zweiter Instanz eine unzulässige Beschränkung erfahren habe, da bei Lokalbeschäftigungen in der Reitbahn, in der Kaserne und in den Ställen Zivilanhörer ohne vorherigen Gerichtsbeschluß ausgeschlossen gewesen seien. In der Replik wird zugestanden, daß ein Gerichtsbeschluß in diesen Fällen nicht gefaßt worden, der Zutritt zu militärischen Gebäuden aber Civilpersonen an sich verboten sei. — Weitere Klagen beziehen sich auf die angeblich unzulässige Vernehmung des Gerichtsherrn als Zeuge in erster Instanz, ferner darauf, daß dem Verteidiger die Namen der vorgeladenen Zeugen nicht rechtzeitig mitgeteilt worden seien, auf unzulässige Verlesung der Anklage eines Zeugen etc.

Sodann richtet sich die Beschwerde des Rechtsanwalts Burchard gegen die stattgehabte kommissarische Vernehmung einer Reihe von Zeugen, gegen die erfolgte Vernehmung des Zeugen Stoppel, gegen den das Ermittlungsverfahren in dieser Sache geschwebt hatte, aber eingestellt worden ist. Das Ober-Kriegsgericht hatte die Vernehmung vorgenommen, weil keine Umstände vorlägen, die den Stoppel der That oder der Teilnahme verdächtig erscheinen ließen und weil dessen Aussage nicht unerheblich, sondern erheblich gewesen sei. Der Verteidiger beschwert sich ferner darüber, daß Marten Revision sofort angemeldet habe, es dem Verteidiger aber nicht möglich gewesen sei, innerhalb der Revisionsfrist Protokoll und Urteil zu erhalten, so daß er in die Lage gekommen sei, ein Urteil anzugreifen zu müssen, welches er nicht lautete. Schließlich trägt die Revision des Verteidigers, daß das Urteil „Meuterei“ feststellen konnte, obgleich nur ein Thäter bekannt ist.

Die gegen das freisprechende **Erkenntnis gegen Hidel** vom Kriegsherrn eingelegte Revision gründet sich eigentümlicherweise auch auf die behauptete nicht ordnungsmäßige Zusammenfassung des Ober-Kriegsgerichts. Sie weist darauf hin, daß der hierauf bezügliche Einwand des Verteidigers nicht unzutreffend sei und als ein dem Gesetze entsprechendes nicht mehr angesehen werden könne, da nach § 68 der Militär-Erstrichterordnung die Bestellung und Vernehmung der Richter und der Stellvertreter schon vor dem 1. Januar stattfinden müsse. Weiter trägt die Revision, daß der Vertreter der Anklage bei der zugeordneten Vernehmung des Unteroffiziers Dommig, der ganz besonders über den Aufenthalt Hidels zur kritischen Zeit vernommen wurde, beschränkt worden sei. Endlich trägt die Revision, daß ein Antrag des Vertreters der Anklage zu Unrecht abgelehnt worden sei; dieser Antrag ging dahin, während der Vernehmung des Zeugen Stoppel zwei bereits vernommene Zeugen, Wachtmeister Melzer und Schneider, aus dem Saale zu entfernen.

Nach Vernehmung des Referats tritt eine kurze Pause ein. Dann ergreift Rechtsanwalt

Dr. v. Simson zur Begründung der Revision für Marten das Wort. Er schickt voraus, daß die große Aufregung, die dieser Fall über die Armee hinaus überall erzeugt habe, nicht bloß durch die Thatfache zu erklären sei, daß innerhalb der Armee ein so schweres Verbrechen verübt werden konnte, sondern auch darauf beruhe, daß der in erster Instanz freigesprochene Marten in zweiter Instanz zum Tode verurteilt worden und das Ober-Kriegsgericht damit noch über den Antrag des Vertreters der Anklagebehörde hinausgegangen sei. Das Urteil des Ober-Kriegsgerichts sei öffentlich kritisiert und angegriffen worden. Es sei gewiß richtig, daß die Disziplin im Heere unter allen Umständen eine rasche und strenge Bestrafung solcher schweren Verbrechen erheische, oberster Grundsatz müsse aber doch sein, daß niemand verurteilt werden dürfe, dessen Schuld nicht klar erwiesen, über dessen Täterschaft der geringste Zweifel bestehe. Der Verteidiger erklärt voraus, daß, wenn er das Urteil des Ober-Kriegsgerichts angreifen müsse, ihm jede Animosität fernliege und er nur sachlich vorgehen werde; so werde er am besten den Interessen des Angeklagten dienen. Dem Angeklagten Marten sei vom Oberkriegsgericht kein Recht nicht geworden. Das Verfahren gegen ihn zeige mancherlei Mängel, das Urteil zweiter Instanz beruhe auf einer Reihe offenkundiger Gesetzesverletzungen, die entschieden zur Aufhebung des Urteils führen müssen, daneben lauten Gesetzesverletzungen, die zur Begründung der Revision nicht geltend gemacht werden können. Der Verteidiger erklärt es für unzulässig, daß dem Verteidiger Burchard das Urteil nebst Gründen erst nach Wochen zugestellt worden sei, und führt in längerer Darlegung aus, daß das Oberkriegsgericht zweifellos nicht vorschrittsmäßig zusammengefaßt gewesen sei, was allein schon zur Aufhebung des Urteils führen müßte. Der Verteidiger begründet dann ferner eingehend die Klagen der Revision, die sich auf Beschränkung der Öffentlichkeit, Beschränkung der Vernehmung durch Nicht-Ramhaftmachung der für die zweite Instanz vorgeladenen etwa 100 Zeugen und Sachverständigen, auf die kommissarische Vernehmung einer Anzahl von Zeugen, auf die Vernehmung des Stoppel und auf die Teilnahme des Gerichtsherrn v. Alfen an Untersuchungs- handlungen beziehen. Der Verteidiger beantragt die Aufhebung des Urteils gegen Marten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 3 Uhr nimmt **Ober-Militäranwalt Freiherr v. Pechmann**

das Wort: Der Verteidiger habe im Eingang seines Plaidoyers darauf hingewiesen, daß auch in militärischen Strafverfahren rein objektiv entschieden werden müsse, ohne irgendwie das militärische

Interesse zu berücksichtigen. Er trete diesem Grundsatz vollkommen bei. Nach seiner Kenntnis, die er sich in 30jähriger Praxis erworben werde dieser Grundsatz auch immer hoch gehalten und es sei auch kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß hier in diesem Falle von jenem Grundsatz abgewichen worden sei. Aus den ausführlichen Gründen, die dem Urteile beigegeben worden, könne man entnehmen, mit welcher Sorgfalt, Objektivität und Gewissenhaftigkeit das Obergericht die Thatfachen und Ergebnisse der Beweisaufnahme gewürdigt habe. Dies vorausgeschickt, wolle er von vornherein erklären, daß er sich dem Antrage des Verteidigers anschließe und auch beantrage,

das Urteil wider Marten aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückzuweisen. Auch er sei der Ansicht, daß bei der Zusammenfassung des Gerichts gegen das Gesetz gefehlt worden sei, aber aus andern Gründen, wie die Verteidigung geltend gemacht.

Der Rüge betr. die unzulässige Beschränkung der Öffentlichkeit trete er voll bei und beantrage auch aus diesem Grunde die Aufhebung des Urteils. Eine weitere Rüge betreffe den Umstand, daß den Angeklagten, welche während einer Auslage des Zeugen Stoppel aus dem Gerichtssaal hinausgeführt worden waren, nicht im vollen Umfang mitgeteilt worden sei, was Stoppel ausgesagt habe, sondern nur soweit dessen Aussage protokolllarisch festgelegt worden sei. Er überlasse es dem Senat, zu entscheiden, ob den Angeklagten etwas Wesentliches nicht bekannt gegeben worden und ob das Urteil aus diesem Grunde etwa aufzuheben sei. — Alle übrigen Klagen hält der Ober-Militäranwalt nicht für durchgreifend.

Was die **Revision des Gerichtsherrn**

betrifft, so läßt der Ober-Militäranwalt und die letzte Rüge des- selben gelten. Diese geht dahin: während der Vernehmung des Zeugen Stoppel sind die beiden Angeklagten aus dem Saale entfernt worden. Der Antrag des Vertreters der Anklage, während der Vernehmung Stoppels auch die schon vernommenen beiden Zeugen Wachtmeister Melzer und Schneider aus dem Saale zu entfernen, ist abgelehnt worden. Dies hält der Ober-Militäranwalt für unzulässig und beantragt, aus diesem Grunde die Aufhebung des Urteils gegen Hidel. Der erste Punkt der Revision sei nicht zutreffend begründet. Der Schlussantrag gehe dahin: Es wolle der hohe Senat auf die Revision des Martens und des kommandierenden Generals des I. Armeecorps das gesamte Urteil nebst den tatsächlichen Feststellungen aufheben und zur anderweitigen Aburteilung in die Berufungsinstanz zurückverweisen. Es sei in der Revision angeregt worden, die Entscheidung einem andern Ober-Kriegsgericht zugewiesen. Darüber, ob dies zulässig sei, fehle es an einer gesetzlichen Bestimmung. Es könnte sich dies ja empfehlen, wenn militärdienstliche Gründe vorlägen, wozu er auch das Interesse der Rechtspflege rechnen würde. Nach § 62 der Militärgerichts-Ordnung könne der Gerichtsherr ein andres Ober-Kriegsgericht ersuchen, die Aburteilung eines bestimmten Falles zu übernehmen, es liege aber lediglich in dem Ermessen des Gerichtsherrn, ob es geschehen solle oder nicht.

Der Verteidiger Hidel, Rechtsanwalt Dr. Wieder beantragt, die Revision des Gerichtsherrn als unzulässig zu verwerfen.

Nach kurzer Replik des Ober-Militäranwalts zieht sich der Senat zur Beratung zurück, welche eine Stunde dauert.

Das Urteil

lautet auf **Aufhebung des Verurteilungsurteils sowohl auf Grund der Revision des Gerichtsherrn bezüglich Hidels als auch auf Grund der Revision des Anklagen Marten.**

Der Senat hat sich u. a. dem Ober-Militäranwalt dahin angeschlossen, daß die Bestimmung, daß die Vernehmung der Offizier-richter vor dem 1. Januar nur eine reglementäre Bedeutung habe; und die Vernehmung der Reize stehe dem Prinzip der Stetigkeit des Gerichts nicht entgegen, denn es komme nur darauf an, daß die Richter für eine längere Dauer ernannt werden. Daß hier im vorliegenden Falle eine Ernennung ad hoc erfolgt sei, sei nach der Auskunft des kommandierenden Generals ausgeschlossen; es liege also in der späteren Einberufung nur eine Ordnungs- wibrigkeit, nicht eine Gesetzeswibrigkeit. Der Senat habe nun aber den weitergehenden Einwand der Verteidigung prüfen müssen, welche behauptet, daß hier für den speziellen Fall ständige Richter berufen und beidigt worden seien. Da die in Königsberg bestellten Richter nicht behindert waren, war die Bestellung der Richter in Gumbinnen unzulässig, da sie dem Prinzip der Stetigkeit widerspreche. Das Gesetz lenne unzweifelhaft nur ein Oberkriegsgericht in jedem Corps- bereich und somit seien durch die Konstituierung eines neuen Ober- kriegsgerichts in Gumbinnen wesentliche Gesetzesnormen verletzt. Auch die Klage, betr. die unzulässige Beschränkung der Öffentlichkeit bei den Inauguralvernehmungen hat der Senat für durchgreifend erachtet. Die Augenscheinnahme war ein Bestandteil der Haupt- verhandlung, bei welcher die Öffentlichkeit nicht be- schränkt war, Jedenfalls bedeute der Ausschluß einer ganzen Klasse von Personen eine unzulässige Beschränkung der Öffentlichkeit, der dafür vom Vorsitzenden geltend gemachte Grund sei nicht zutreffend, es hätte zu einem solchen Ausschluß auf alle Fälle auch eines Gerichtsbeschlusses bedurft. Die übrigen Beschwerden der Revision des Marten hat der Senat nicht als begründet anerkannt. — Was die Revision des Gerichtsherrn betrifft, so hat der Senat die Zulässig- keit derselben anerkannt. Es konnte aus den vom Verteidiger ver- gebrachten Thatfachen Zweifel an der Korrektheit des Verfahrens nicht hergeleitet werden. Die Beurkundung sei nicht an die Frist gebunden, sondern sei ein selbständiger Akt. Es komme nur darauf an, daß innerhalb der vorgeschriebenen Frist auch eine Begründung der Revision stattgefunden habe, die Verurteilungen können später stattfinden und es sei unwesentlich, daß irrtümlicher- weise ein falsches Datum untergelaufen sei. Nicht berechtigt hat der Senat die Beschwerde über die Beschränkung des Fragerechts erachtet, dagegen den letzten Beschwerdepunkt, die Ablehnung des Antrages auf Entfernung zweier Zeugen während der Ver- nehmung des Stoppel für durchschlagend erachtet worden. Deshalb lautete das Urteil auf Aufhebung des Verurteilungsurteils mit den tatsächlichen Feststellungen und Zurück- verweisung der Sache in die Berufungsinstanz.

Sociales.

Die Lebenshaltung der Arbeiter. Aus den Aufzeichnungen über den Brotverbrauch (Weiz, Weizen, Mehl und Mehlzubehöre) der 280 Familien in Halle teilt heute das „Halleische Volksblatt“ die Ergebnisse mit. Direkte Aufzeichnungen sind für 28 Tage im Herbst gemacht worden. Danach berechnet sich der Jahresverbrauch:

Jahres- einkommen M.	Verbrauch M.	pro Kopf M.	Proz. des Einkommens
unter 900	185,31	35,14	22,0
900—1000	180,82	35,38	19,4
1000—1100	177,66	37,27	16,6
1100—1200	189,47	40,81	16,1
1200—1300	202,69	36,30	15,7
1300—1400	197,79	35,97	14,5
1400—1500	214,57	33,76	14,6
1500—1600	287,56	46,38	17,1
1600—1700	209,50	37,93	12,6
1700—1800	247,00	35,28	13,8
1900—2000	237,10	41,13	12,2
über 2000	250,38	35,77	10,9
In Durchschnitt	191,57	37,38	17,4

Der Berechnung ist ein Vrotpreis von 10 Pf. für das Pfund zu Grunde gelegt.

Gefundebefreiung. Die das Gefunde mit sich umspringen lassen muß, das lehrt eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage vor der Justizburger Strafkammer stattfand. Angeklagt war wegen Ver- grehen im Amt der Amtsvorsteher Matthias Lottermose, der als Kreis- lehrer, Kreis Gumbinnen. Ein im März v. J. bei einem Wessiger aus dem Dienst gegangenes Mädchen von 16 Jahren wurde von Lottermose auf Antrag des Dienstherrn unter Androhung einer Zwangsstrafe von 10 M. oder 2 Tagen Haft zur Rückkehr in den Dienst aufgefordert. Als das Mädchen nicht sofort zurückging, ließ sie der Amtsvorsteher, trotzdem die Zwangsverfügung gesetzlich erst nach Ablauf von 14 Tagen rechtskräftig wurde, schon am vierten Tage durch den Amtsdienner verhaften und sperren sie, ohne sich davon zu überzeugen, ob die Fütter des Mädchens die Strafe bezahle würde, auf zwei Tage ins Amtsgefängnis und zwar gerade während des Osterfestes. Vor Gericht führte Lottermose zu seiner Entschuldigung an, daß auf dem Lande wider- sprüchliches Gefunde oft ohne weiteres eingesperrt wird. Mit dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung, auf Grund dessen solche Zwangsverfügungen erlassen werden, habe er sich während seiner zehnjährigen amtlichen Thätigkeit nicht vollständig ver- traut machen können, sondern ohne Gesetzeskenntnis die Zwangsverfügung nach einer zufällig gelesenen Verfügung eines benach- barten Amtsvorstehers erlassen. Der Gerichtshof betrachtete die Sache sehr milde. Es wurde Haftstrafe als vorliegend angenommen und Lottermose zu 5 M. Geldstrafe oder 1 Tag Gefängnis ver- urteilt. — Woher der Dienstmangel auf dem Lande kommt, will trotz solcher Vorgänge den Agrariern nicht klar werden.

Französischer und deutscher Arbeiterschutz. Auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1900 tritt mit dem 1. April in den fran- zösischen Fabriken mit gemischter Arbeiterschaft die 10 1/2 stündige Arbeitszeit in Kraft. Wie gegen das Gesetz überhaupt, so machen die Unternehmer jetzt wieder gegen die weitere Einschränkung der Arbeitszeit mobil. Die Handelskammer von Elbeuf thut dies, indem sie auf die in Deutschland zulässige, viel längere Arbeitszeit hinweist. Für 40 Tage im Jahre erhalten, so heißt es in jenem Bericht, die deutschen Fabrikanten mit Leichtigkeit die Erlaubnis, die jungen Leute unter 18 Jahren bis 10 Uhr abends beschäftigen zu dürfen; Bedingung dabei sei nur, daß die regel- mäßige Arbeitszeit 13 Stunden nicht überschreite. Man könne, so heißt es dann weiter, danach beurteilen, wie sehr die französische Industrie und damit natürlich auch die Arbeiter gegenüber den aus- ländischen im Nachteil seien. Die Aufträge gingen deshalb vielfach nach dem Auslande, namentlich nach Deutschland, wo man den Schutz der jugendlichen Arbeiter nicht durch so strenge Gesetze durch- führe, wie in Frankreich.

Für den Staat der Socialreform ist diese Klage des französischen Ausbeutens sehr schmeichelhaft.

Holländische Landarbeiter in Deutschland. Alljährlich ziehen mehrere tausend holländische Landarbeiter nach Deutschland haupt- sächlich nach der Rheinprovinz und nach Westfalen, um hier Arbeit und Verdienst zu finden. In den letzten Jahren hat die Zahl dieser Arbeiter beständig zugenommen, dagegen ist im vorigen Jahre ein bedeutender Mibgang eingetreten. Jedenfalls war in Deutsch- land selbst schon ein solches Angebot von Arbeits- kräften vorhanden, daß die Reize nicht mehr zweckmäßig ersehen. Aus den drei nördlichen Provinzen Friesland, Groningen und Drente liegen uns über diesen Zug nach Deutsch- land folgende Zahlen vor: Aus Friesland verzogen nach Deutsch- land 1898 kann 1000 Arbeiter. Dann aber stieg ihre Zahl 1897 auf 1200, 1898 auf 2500, 1899 auf 4500, 1900 auf 5200; 1901 aber waren es bis Ende November nur 3798. Diese Leute kamen größtenteils aus den allerärmsten Gemeinden Frieslands. Aus der Provinz Groningen verzogen nach Deutschland: 1898: 1435, 1899: 2567 und 1900: 3794. Für 1901 sind die Zahlen noch nicht bekannt, doch es kann bereits eine erhebliche Abnahme konstatiert werden. Für Drente betragen die Zahlen: 1899: 2490, 1900: 5238 und 1901: 3902. Im Jahre 1900 verzogen also nach Deutschland allein aus den genannten Provinzen 14 233 Arbeiter, um zeitweilig oder dauernd in Deutschland zu arbeiten. 1901 war ihre Anzahl bedeutend geringer, für Friesland und Drente allein um ca. 2700, und 1902 wird jedenfalls eine weitere Abnahme stattfinden, da jetzt bereits viele aus Deutschland zurückkehren, weil sie dort keine Arbeit mehr finden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 11. Januar. (W. T. B.) Die „Köln. Jtg.“ erfährt aus Berlin aus sicherer Quelle, der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben und der Handelsminister Müller hätten bezüglich des Erwerbs der angeblichen Kohlenengerechtfame und Gewerkschaften heute vereinbart, daß über folgende Angebote in Unterhandlungen getreten werden soll:

1. betreffend die Zeche Walthrop, 2. betreffend die sogenannten Bohlenwäldchen Bergwerksstämme und endlich 3. betreffend die im Kreise Heddinghausen gelegene mit zwei fertiggestellten Doppel- schachtanlagen verbundene Zeche „Vereinte Gladbek“ nebst einer Reihe daran anstoßender Felder. Durch die Ankäufe, heißt es in dem Artikel weiter, die insgesamt etwa 50 Millionen Mark kosten würden, würde der Staat 96 Regionalfelder in bester Lage erwerben.

Frankfurt a. M., 11. Januar. (W. T. B.) Die in den letzten Tagen vorgekommenen Zusammenkünfte Arbeitloser haben den Regierungspräsidenten veranlaßt, mit dem Polizeipräsidenten und dem Magistrat persönlich über die zur Verhütung ähnlicher Vor- kommnisse zu ergreifenden Maßnahmen sich zu besprechen. Es ist Vorkehrung getroffen worden, daß von der Polizei alle Zusammenkünfte von vornherein unterdrückt werden. Von den städtischen Behörden wird für Schaffung regelmäßiger und vermehrter Arbeitsgelegenheit weiter gesorgt werden.

Jena, 11. Januar. (W. T. B.) Heute fand hier unter Vorsitz des Oberlieutenants v. Hainstein die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Lieutenant Thieme vom hiesigen Bataillon wegen Zweifels und gegen den Hauptmann v. Seebach wegen Aartdeltragens statt. Lieutenant Thieme wurde unter Annahme mildernder Umstände zu zwei Jahren drei Monaten Festungshaft und Hauptmann v. Seebach ebenfalls unter Annahme mildernder Umstände zu 14 Tagen Festung- haft verurteilt.

Bekanntlich hat Lieutenant Thieme am 4. Januar den Studenten Karl Held, mit welchem er in der Silberfeste in einem Café in Wortwechsel geraten war, im Duell erschossen.

Wien, 11. Januar. (W. T. B.) Wie die Blätter aus Graz melden, veröffentlicht der dortige Stadtphysikus Oberstaller in der Angelegenheit des Schädel-Gamering eine Erklärung, welche der gelrigen des Professors Kratter ähnlich ist. In der gelrigen Sitzung des Grazer Gemeinderats anhörte sich Professor Kratter, welcher dem Gemeinderat angehört, über die An- gelegenheit im Sinne der von ihm veröffentlichten Erklärung. Bürger- meister Dr. Graf verlas sodann eine Erklärung des Stadtphysikus, welcher besagt, der Schädel sei, da in der Totenkammer Gipsabdrücke nicht vorgekommen werden konnten, dem Professor Kratter mit dem Ver- merken übergeben worden, daß er binnen 14 Tagen wiedererkannt werden müsse. Die Frist sei jedoch nachträglich verlängert worden, da die Messungen in 14 Tagen nicht beendet waren.

Budapest, 11. Januar. (W. T. B.) Wie hier verlautet, sollen von dem Einbruchsdiebstat bei dem hiesigen Obernarr Samuel Thomka herrührende Kronrenten im Werte von 80 000 Kronen in Wien in der Wechselstube der österreichischen Gelumpete-Gesellschaft am 7. Januar eingelöst worden sein. Der Verkäufer der Wertpapiere, ein etwa 40 Jahre alter elegant ge- kleideter Mann, soll sich für einen Budapestener Waisensöhner Namens Wlau angegeben haben.

Reval, 10. Januar. (W. T. B.) Bei der Insel Strömmer rih sich eine Eiskolle los, auf der sich 30 Fischer mit zehn Pferden befanden, nur ein Fischer konnte die Insel noch erreichen. Der Eis- brecher „Jermal“ ist zur Rettung der Vermissten abgehandt worden.

Reichstag.

115. Sitzung vom Sonnabend, 11. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr. Am Bundeskanzler Reichsfürst Graf Bülow, Fhr. von Tziellmann, v. Gofler, Graf Posadowsky. Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sattler (natlib.):

Ich bedauere in Ihrem und meinem Interesse, daß ich nicht noch gestern zum Wort gelangt bin. Meine Absicht bestand darin, der Rede meines Freundes Wasserfall nur einige kurze Ergänzungen hinzuzufügen. Nun wäre es aber eine Mißachtung, wenn ich nicht auch auf die Redner, die nach Herrn Wasserfall gesprochen haben, kurz eingehen wollte. Abg. Liebermann von Sonnenberg hat darin recht, wenn er es verurteilt, daß unverbürgte Anschuldigungen von hochstehender Stelle in der Presse und im Parlament ausführlich diskutiert werden. Dieses Fehlere hat sich gestern auch Abg. Dr. Dertel schuldig gemacht. Herr von Dziembowski hat meine Ausführungen vom 10. Dezember v. J. über die galizischen Verhältnisse nicht zu wiederlegen vermocht. Die Verurteilungen, die im galizischen Landtag gefallen sind, wandten sich mit einer unerhörten Schärfe gegen das Vorgehen der preussischen Regierung. Es ist dabei besonders zu beachten, daß die Mehrheit des galizischen Landtags sich dieser Kritik angeschlossen; die nicht einmal gesellschaftlich qualifizierbaren Verurteilungen, die seitens eines einzelnen deutschen Reichstagsabgeordneten über die Verhältnisse einer fremden Macht gefallen sind, werden allerdings dieser Macht keinen Anlaß zu irgend welchem Einschreiten geben können.

Weiter auf die Polenfrage einzugehen, wird sich im Abgeordnetenhaus am Montag Gelegenheit bieten. Nachdem ich mich mit diesem Spahn befaßt habe, komme ich jetzt zu einem andern Spahn. (Zurück.) Die Angelegenheit des Straßburger Professors Spahn hat einen Verlauf genommen, der allen Beteiligten wenig Freude bereitet haben wird. Auch Professor Michaelis hat seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen, als er in diese Erörterung einen andern Fall hineinbezogen hat. Der Fall Althoff gehört in die preussische Verwaltung, nicht hierher, oder hierher gehört die Thatsache, daß ein katholischer und protestantischer Professor der neueren Geschichte an der Universität Straßburg ernannt worden ist. Diese Thatsache hat in den Kreisen unserer Professoren und überhaupt des gebildeten Deutschlands eine große Bewegung und Aufregung hervorgerufen. Das bedenkliche liegt darin, daß nebeneinander ein katholischer und ein protestantischer Professor berufen ist, weil man darin eine Anerkennung der unrichtigen Anschauung erwidern muß, als gäbe es eine katholische und eine protestantische Geschichtswissenschaft. Es giebt aber nur eine einzige nicht konfessionelle Geschichtswissenschaft. Die Professoren der Geschichte sind berufen, allein nach ihrer eigenen Ueberzeugung das vorzutragen, was sie selbst als richtig erkannt haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Reichstagskanzler meinte gestern gegenüber unserem Freunde Wasserfall, die deutsche Presse und die öffentliche Meinung bedürften keine Leitmotive von oben. Das hat auch Abg. Wasserfall keineswegs behauptet; er meinte nur, daß die Bewegung des deutschen Volkes bezüglich des Vorkrieges um so kräftiger eingesetzt hat, weil man über die offizielle Stellung des Reiches nicht klar war. Dem hätte durch eine rechtzeitige Stellungnahme der Regierung vorgebeugt werden können. Eine kräftige, deutliche Sprache der Regierung ist auch erforderlich in den schwebenden innerschweizer Angelegenheiten. Der torbale Ton, den die Regierung gegenüber den Forderungen des Dr. Dertel ansetzt, wird kaum zu einer Verständigung beitragen. Wir werden stets bereit sein, auf Grund eines Vorgehens auf der mittleren Linie zur Erreichung der gesteckten Ziele beizutragen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Adler:

Ich bin Herrn Sattler dankbar, daß er heute den sogenannten Fall Spahn zur Vespresung gebracht hat. Er setzt mich dadurch in die Lage, vor aller Welt offen und klar darzulegen, wie die ganze Angelegenheit entstanden ist und sich entwickelt hat, und ich hoffe, daß es mir gelingen wird, die schwarzen Gedanken, welche Herr Abg. Sattler hatte, zu zerstreuen. Herr Sattler führte aus, daß in den Kreisen des gebildeten Deutschland große Erregung über den Fall Spahn geherrscht hat. Einmal glaube ich, daß der Kreis so groß nicht gewesen ist, als es den Anschein nach den ja allerdings recht reichlichen Preherzeugnissen über diesen Fall haben könnte, zweitens giebt es noch eine ganze Menge gebildeter Kreise, die über diese Angelegenheit nicht klagen. Herr Sattler behauptet, es wird der Schein erweckt, als gäbe es eine katholische und eine protestantische Wissenschaft. Dieser Satz, um den sich ja der ganze Kampf dreht, ist eine Uebertreibung. Davon kann ebensovienig die Rede sein, wie daß die Regierung daran dachte, die Konfessionen aneinanderzureißen. Das werden wir niemals thun. Ich komme nun auf die Entwicklung der ganzen Angelegenheit. Schon bei Begründung der Universität Straßburg betrafte die Absicht, neben der protestantisch-theologischen Professur gleich eine katholisch-theologische Professur zu begründen, wie das in Bayern, Baden und auch Preußen vielfach der Fall war. Diesen Projekten stellten sich aber am Anfang der sechziger Jahre absolut unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen und so blieb es zunächst bei der einen Professur. 1894 erschien in der Presse ein sogenannter offener Brief über diese Angelegenheit. Infolgedessen kam die Sache im Landesausschuß zur Sprache und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß man eine paritätische Befegung der Lehrstühle wünschte. In den folgenden Jahren wurde die Angelegenheit wiederholt im Landesausschuß behandelt und man sprach bald von einer einseitigen Befegung und von einem gewissen Mißtrauen im Lande. Insbesondere wurde die Befegung der Geschichte und Philosophie eine katholische Professur gewünscht und dieser Wunsch wurde nicht nur von katholischen Mitgliedern des Landesausschusses unterstützt. Die Forderung wiederholte sich bis zum Jahre 1899 und es wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Zahl der katholischen Studierenden in ihrem Wachstum begriffen sei, während die Zahl der katholischen Professoren nicht in demselben Verhältnis wachse. Der Landesausschuß beschloß keine Erhöhung des Straßburger Universitäts-Etats, sondern machte schon wiederholt Resolutionen, bei einer etwaigen Befegung eine Erhöhung des Etats der Universität Straßburg ins Auge zu fassen. So lag die Sache, als 1901 Professor Varentrop aus seinem Amte scheidet. Mit diesem Augenblick konnte die Regierung endlich in eine Prüfung der Bedürfnisfrage eintreten. Die Universität Straßburg zählte Mitte Dezember vorigen Jahres in allen Fakultäten 1078 Studierende, darunter 300 Katholiken. In den einzelnen Fakultäten sowohl wie in der Gesamtzahl betragen die Katholiken ein Drittel der gesamten Studentenzahl. Die Gesamtzahl der ordentlichen und außerordentlichen Professoren betrug 73; darunter befanden sich 4 katholische (Hört, hört! im Centrum), 61 Protestanten und 6 Israeliten. (Hört, hört! im Centrum. — Große Heiterkeit.) Diese Verhältnisse legten der Regierung die Erwägung nahe, ob es nicht doch richtig sei, die katholischen Professoren mehr zu berücksichtigen. Dazu kommt, daß die Zahl der jungen Studenten in Elsaß-Lothringen von Jahr zu Jahr steigend wächst. Die Reichslande stellen mehr Studenten als Mecklenburg und Württemberg. (Lauter Ruf im Centrum: Hört! hört! Erneute große Heiterkeit.) Angesichts dieser Thatsachen lag es nahe für uns, den Wünschen der Katholiken nachzukommen und den Fall der Befegung zu benutzen, um auch mal einen katholischen Professor anzustellen. Nun wird uns vorgeworfen, daß wir nicht nur einen katholischen, sondern auch einen evangelischen Professor der Geschichte nach Straßburg berufen haben. Nachdem Varentrop nicht mehr da war, blieb in Straßburg nur ein Professor der Geschichte übrig. (Der

Zwischenrufer aus dem Centrum ruft wieder mit lauter Stimme: Hört! hört! Erneute große Heiterkeit.) Drei Professoren für Geschichte sind durchaus nötig. Es handelt sich hier einfach um die Befegung einer Bedürfnisfrage. In Bonn sind von 79 Professoren 22 katholisch, in Halle lehren 8 Katholiken. Dazu treten die gerechten Wünsche des Landesausschusses in Elsaß-Lothringen. Die zweite Frage ist die: Ist denn die kaiserliche Regierung befugt, über die Köpfe der Professoren hinweg einen Professor zu berufen? Das hat den meisten Staub aufgewirbelt. In Frage kommen dabei die Bestimmungen der Stiftungs-Urkunde der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg vom 24. Februar 1876. Darin ist ausdrücklich bestimmt, daß der Kaiser die ordentlichen und die Honorarprofessoren ernannt; die außerordentlichen Professoren werden vom Reichskanzler ernannt, an dessen Stelle der Statthalter tritt. Nur die Aufnahme der Privatdozenten findet durch die Fakultät statt. Die Fakultät hat also gar kein Recht, darüber gefragt zu werden, wer berufen werden soll. Selbstredend hat die Regierung fast in allen Fällen das Votum der Fakultät eingezogen, aber ein Recht hat sie nicht. Die Stiftungs-Urkunde bestimmt weiter ausdrücklich, daß die Zahl der Dozenten keine geschlossene ist. Die Fakultät hat also kein Recht, Einspruch zu erheben und wenn wir 20 Professoren für Geschichte berufen würden, wenn uns nur der Landesausschuß die Mittel dazu bewilligt. (Heiterkeit.) Die Regierung war also vollumfänglich befugt, die Lehrstühle der Geschichte in Straßburg um einen zu vermehren. Die kaiserlich-lothringische Regierung glaubt mit ihrer Entscheidung voll und ganz das Richtige getroffen zu haben. Ich habe das volle Vertrauen zu den beiden neuen Professoren, daß sie ihres Amtes mit voller Pflicht walten werden.

Nach dieser Darlegung des Falles werden Sie mir zugeben, daß die Erregung im Lande über den Fall Spahn namentlich durch die Presse geschürt worden ist. (Sehr richtig! im Centrum. Wiederbeifall bei den Nationalliberalen.) Die Erregung war nicht gerechtfertigt, sondern wie ich mir erlauben möchte zu sagen, eine ungerechtfertigte. — Davon, daß an der Universität kirchlich abgetempelte Geschichte gelehrt werden könnte, kann nicht die Rede sein. Das geht doch heutzutage nicht mehr. Da hören zu viele Leute an, was gelehrt wird. — Das von Herrn Sattler erwähnte Buch von Huber ist sehr alt und hat gar keine Bedeutung gehabt. — Sehr richtig hat Herr Sattler betont, daß die Professoren nur vorgebracht haben, was sie selbst als wahr erkannt haben. Wir haben das Vertrauen zu den Professoren, daß sie das thun. — Ich hoffe, daß durch meine Ausführungen die ungerechtfertigte Aufregung im Lande nunmehr beiseite ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Wachen (C.)

Ich hätte gewünscht, daß einer der Herren elsässer Abgeordneten zuerst in dieser Sache das Wort ergriffen hätte, da diese Herren der Fall doch noch näher angeht als uns. Ich meine, auch hierbei zeigt sich in der Beschränkung erst der Meister. Ich werde die Angelegenheit sine ira et studio behandeln. Für uns scheidet die Persönlichkeit des neu ernannten Professors Spahn völlig aus; wir fassen nur die principielle Bedeutung des Falles ins Auge. Diese Bedeutung wird auch von der elsäß-lothringischen Regierung und an noch höherer Stelle gewürdigt. Herr Sattler hatte nichts dagegen, daß in Straßburg die Geschichte von Protestanten und Israeliten docirt wurde; nun ein katholischer Professor dort Geschichte lehren soll, regt er sich auf einmal auf. (Sehr richtig! im Centrum.) Auch ich meine, daß es keine specielle katholische Geschichtswissenschaft giebt; aber die Gesamtanfassung der Geschichte ist doch eine verschiedene, je nach dem persönlichen Standpunkt des Verfassers. Stimmen wohl zwei Autoren zum Beispiel völlig überein in der Beurteilung der Reformation? In Bonn, München und Breslau besteht die Einrichtung von katholischen Geschichts-Professuren schon seit Jahrzehnten. Warum will man an andern Universitäten der protestantischen Geschichtsauffassung ein Monopol erteilen und die katholische ganz ausschließen? Dr. Sattler hat — die Presse hat ihn wohl vorher daran hingewiesen — ein Wort entdeutet: „Geschichte der Einführung des Christentums in Ostdeutschland“ von Dr. Alois Huber. Der Verfasser dieses Geschichtswerkes, das ein Buch der Wissenschaft ist und geschichtliche Thatsachen darstellt, sagt in der Einleitung zu seinem Buch, daß er, falls er nach der theologischen Seite hin einen Fehler begangen haben sollte, dafür um Verzeihung bitte; das ist lediglich eine Erklärung der persönlichen Bescheidenheit. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Es ist schlimm genug, daß der Herr Kollege Sattler die Angelegenheit so leicht aussieht. (Abg. Sattler lacht.) Ihr Lachen entpringt nur Ihrer Verlegenheit. Der Verfasser eines Geschichtswerkes kann historisch durchaus gefehlt sein, ohne darum in alle Geheimnisse der Dogmatik eingeweiht sein zu müssen. Die Erklärung des Professors Huber bedeutet lediglich einen Vorbehalt gegen etwaige religiöse oder dogmatische Irrtümer. Allerdings ist Professor Huber ein Geistlicher, er ist Erzprieester, das ändert aber an der Sache gar nichts. (Oh! bei den Nationalliberalen.) Er kann ein wackerer Geistlicher, ein ausgezeichneter Geistlicher sein, ohne doch die ganze Kenntnis eines Professors der Dogmatik oder Philosophie besitzen zu müssen.

Ich komme jetzt zum Falle Spahn. Diese Angelegenheit hat eine Bewegung für die sogenannte Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft verursacht. Diese Voraussetzungslosigkeit trägt eine ganz solche Voraussetzung in sich. Ihre Universitäten sind Staatsanstalten, Straßburg ist eine Reichsanstalt. Man darf also mit Zug und Recht verlangen, daß in der Auswahl der Professoren die natürlichen Bedürfnisse eines Reiches oder eines Landes ihre Berücksichtigung finden. Die Straßburger Professoren werden teils vom Kaiser, teils von der Regierung von Elsaß-Lothringen ernannt. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs v. Adler glaube ich entnehmen zu dürfen — was mir auch schon vorher versichert war — daß die Fakultäten eigentlich gar kein Vorschlagsrecht haben. Sie sind allerdings bisher in weitem Maße befragt worden und haben sich fälschlich eingebildet, ein solches Recht zu besitzen. Durch diese Festsellung, über die ich mich sehr freue, kommt Klarheit in die Sache. Wenn die Regierung die Fakultäten nicht zu befragen braucht, ist sie allein verantwortlich für die Befegung der Straßburger Professorenstellen. Wie war es nur möglich, daß die Verhältnisse in Straßburg sich in der bisherigen Weise entwickeln konnten? Ich vergaßte darauf, das System der voraussetzungslosen Wissenschaft hier zu widerlegen. Hier ist nur der Ort, daß wir uns derartige Auffassungen durchaus verbitten müssen. So lange wir mitzahlen haben, haben wir auch das Recht, zu verlangen, daß unsre natürlichen Bedürfnisse ebenso berücksichtigt werden wie die der andern Staatsbürger.

Ich will Herrn Sattler nur das eine fragen: Wenn ein Katholik nicht gelehrt ist, Geschichtswissenschaft zu lehren, kann denn dann ein Reformierter zugeben, daß ein Auktoritarer Geschichtswissenschaft lehren könne und sind denn dann die Israeliten von vornherein geeignet dazu? Ich schließe mit der Hoffnung, daß in Zukunft auf der Universität Straßburg ein weitsichtigeres Vorgehen im Sinne der paritätischen Behandlung der Konfessionen Platz greifen möge. (Beifall im Centrum.)

Abg. Webel (Soe.)

Auf die Polenfrage werde ich nicht eingehen, bei der Fortsetzung der Beratung der Interpellation unserer polnischen Kollegen wird das Notwendige darüber von uns gesagt werden. Ich beabsichtige auch nicht, auf die eben gehörte Debatte über die Straßburger Universität näher einzugehen. Herr Sattler hätte sich seinen

Operationsplan besser überlegen und diese Sache bei der Specialberatung des Etats für Elsaß-Lothringen vorbringen sollen (Sehr richtig, links), dann hätte die Kulturkampfdebatte in voller Verbindung dem Reichstage vorgetragen werden können. Jetzt ist er von Herrn Wachen von dessen Standpunkt aus verurteilt worden (Heiterkeit) und hat einige Tage lang keine Gelegenheit, ihm zu antworten. — Sehr interessant war mir bei der Debatte nur, wie man sich allgemein die Befegung der Lehrstühle an unseren Universitäten denkt. Es handelt sich danach nicht darum, wie ich bisher geglaubt habe, die tüchtigsten Gelehrten auszuwählen, sondern es wird vor allem danach gefragt, welcher Religion der Befestende angehört. Es ist die Theorie aufgestellt worden, daß die Zahl der katholischen Professoren der Zahl der katholischen Studenten zu mindest entsprechen müsse. Auf den Begriff der voraussetzungslosen Wissenschaft will ich nicht länger eingehen. Ich bin überzeugt, daß man von einer solchen bei uns überhaupt nicht sprechen kann. Jeder hat heute seinen bestimmten Standpunkt und trägt seine Partei-Anschauung vor. Es ist ja gewiß der richtigste Weg, daß zunächst die Fakultäten das Vorschlagsrecht haben, aber es ist ausgeschlossen, daß diese unparteiisch eine Auswahl treffen. Wir Sozialdemokraten haben es ja an eigenen Leibe erfahren müssen. Mehrere unserer Parteifreunde sind entweder zur Universität nicht zugelassen oder von ihr weggeführt worden. Ich erinnere nur an den bekannten Fall Krons. Man sollte doch meinen, daß die Chemie wirklich nichts mit der politischen Bestimmung zu thun habe (Abg. Singer: Aber Herr Althoff glaubt es), und doch hat man Krons von der Universität verwiesen. Kechnlich ist es Conrad Schmidt gegangen, einen außerordentlich tüchtigen, vorzüglichen Volkswirtschaftler, der verschiedene gute Schriften veröffentlicht hat. Er hatte die Absicht, sich als Privatdozent in Leipzig niederzulassen, man hat aber von seiten der Regierung und mit Erfolg alles daran gesetzt, das zu verhindern. Es ist klar, das bei uns eine Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft nicht existieren kann und darf. Dem Professor sollte es übel gehen, der es bei uns mit aller Rücksichtslosigkeit wagen wollte, z. B. atheisistische Anschauungen zu lehren. Ich bezweifle es auch sehr, daß z. B. Herr Hädel noch auf einer andern Universität als in Jena seinen darwinistischen Standpunkt in der Schärfe vertreten könnte. Was der Debatte, aber besonders Interesse gegeben hat, ist, wie Herr Wachen ganz richtig hervorhob, daß obgleich die Statuten vorschreiben, daß der Kaiser das Recht hat, die ordentlichen Professoren zu ernennen, es dennoch im Laufe der Jahre zur Gewohnheit geworden ist, daß die Fakultäten Vorschläge machen, und zwar werden gewöhnlich drei Kandidaten vorgeschlagen. So ist auch hier vorgegangen worden. Unter den drei vorgeschlagenen Professoren befand sich auch ein Katholik, gleichwohl ist dieser nicht ernannt worden, sondern man hat einen Mann zum Professor ernannt, der bisher in Universitäts- und wissenschaftlichen Kreisen völlig unbekannt war (Oh! im Centrum.) und der nur das einzige Verdienst besessen haben soll, daß er eine in byzantinischen Stil gehaltene Geschichte des Großen Kurfürsten geschrieben hat. (Lachen im Centrum: War noch gar nicht erschienen.) Soweit ich die Urteile über den neuen Professor in der katholischen Presse, z. B. der „Katholischen Volkszeitung“, verfolgt habe, ist man in jenen Kreisen über die Ernennung des Herrn Spahn keineswegs erbaud gewesen. Er soll doch nicht gerade ein vollwertiger, katholischer Geschichtsprofessor sein, jedenfalls nicht einer im Sinne des Herrn Janßen.

Was nun den Etat anlangt, so ist hier viel vom Deficit des Post-Etats gesprochen worden. Herr Sattler hat ausgerechnet, daß das Deficit noch größer sein würde, wenn die Eisenbahnen der Einzelstaaten sich ihre Leistungen für die Post richtig bezahlen lassen würden. Demgegenüber möchte ich hervorheben, daß die Post auch Verpflichtungen übernommen hat, die sie nicht vergütet erhält. Sie muß sämtliche Staatskorrespondenz gratis befördern. Auch die Posten haben das Privilegium der Portofreiheit, das von ihnen oft in skandalöser Weise ausgebeutet wird. Die gegenwärtige Krise würde auch einen Ausfall in den Einnahmen herbeiführen haben, wenn auch die alten Portofreie geltebleiben wären. Graf Stolberg sprach von der Wellenbewegung der Krise und der Prosperität. Dieser Cyclus von Prosperität und Krise ist keine Wellenbewegung, die immer vor und immer zurück geht. Die Krise hängt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen, sie wächst in dem Maße, als vorher die Prosperität gestiegen ist. Manchen Leuten, und zu ihnen gehört auch der Reichsbank-Präsident Dr. Koch, meine, die Krise habe ihren Höhepunkt jetzt überschritten. Ich glaube das nicht. Wir haben unsre Produktions- und Arbeitsmittel so vermehrt, daß wir bei normaler Arbeitszeit viel mehr Waren fabrizieren können als etwa nach 1894. Die kapitalistische Produktion ist aber anarchisch, sie kann das Maß der Waren, das gebraucht wird, nicht mehr erfassen. Mangel der Absatz, so stößt auf einmal die ganze Produktion, eine Einschränkung der Produktion, wie sie durch die abnehmende Kaufkraft der Bevölkerung hervorgerufen wird, bedeutet eine Verkürzung der Arbeitszeit, Verminderung der Löhne und damit Elend und Arbeitslosigkeit für Hunderttausende von Familien. So ergreift die Krise wie ein ins Wasser geworfener Stein immer größere Kreise zieht, immer weitere Kreise und zwingt sie zu einer Einschränkung ihrer Konsumtion, bis endlich der Tiefpunkt erreicht ist und allmählich wieder ein Aufsteigen erfolgt. Eine Abmilderung wird nur möglich sein, wenn sich Produktion und Bedarf für jeden einzelnen Artikel statistisch feststellen lassen wird. Es wird einmal eine Aufgabe der sozialistischen Gesellschaft sein, diesen Zustand herbeizuführen; die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren anarchischen Produktionsverhältnissen ist dazu nicht im Stande. (Oh! rechts.) Das Kohlenhydrat arbeitet gegenwärtig trotz der Krise noch immer darauf hin, die Preise für das Inland möglichst hoch zu halten, während es dieselben Kohlen zu billigeren Preisen auf den ausländischen Markt bringt. Dies Verhalten hat bei mir und meinen Freunden schon lange die Ueberzeugung wachgerufen, daß auf diesem Gebiet die Staatsgewalt eingzugreifen hat.

Das Bestreben muß darauf gerichtet sein, den gesamten Kohlenbau, die gesamte Kohlenproduktion zu verstaatlichen. Die Syndikate haben einerseits einen ungemein harten Druck auf die Arbeiter ausgeübt, ihnen das Koalitionsrecht erschwert oder sogar unmöglich gemacht und auf der andern Seite die inländischen Konsumenten gezwungen ihre Waren zu teureren Preisen abzugeben, als das Ausland. Weiteres zu dieser Frage wird bei den wirtschaftlichen Debatten zum Posttaxif gesagt werden müssen.

Daß angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Zustände Reich und Staat die Pflicht haben, der Arbeitslosigkeit, dem Elend und der Not der großen Massen mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, versteht sich ganz von selbst. Hierüber wird die Interpellation meiner Freunde Gelegenheit bieten zu sprechen. Graf Stolberg meinte, daß die Segner von Marinerequisitionen müßten angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit die Forderungen des gegenwärtigen Etats im Interesse der Arbeiter bewilligen. Ich erkläre demgegenüber, daß die Sozialdemokratie auch unter den gegenwärtigen Umständen für derartige Bewilligungen nicht zu haben sein wird und zwar in Rücksicht auf die Konsequenzen einer derartigen Bewilligung für unsre gesamte politische Stellung den Marine- und Militärforderungen gegenüber. Warum hat Graf Stolberg nicht erklärt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles aufbieten werde, daß die Kanalvorlage sobald wie möglich im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung

gelangt. (Unruhe rechts, sehr gut bei den Socialdemokraten.) Dabei handelt es sich um mehr als 400 Millionen Mark. Ueberhaupt war es ein wirklich kulturelles Staatsereignis eine solche **Niesenfalle von sozialen und Kulturausgaben**, daß eine Milliarde nicht ausreichen würde, um alles das auch nur einigermaßen zu beschreiben, was ich Ihnen vorschlagen könnte. Damit würde Arbeit geschaffen werden für Hunderttausende von Arbeitern.

In Bezug auf die **soziale Reform** sind wir auf einen **toten Punkt** gekommen. Alles, was in den letzten Jahren gefordert ist, ist nur Stillschlepp, Stillstand; keine einzige einschneidende, große Maßregel ist getroffen. Es wäre endlich an der Zeit, im Deutschen Reich einen **Normalarbeitstag** von zunächst zehn Stunden einzuführen, der dann bis auf acht Stunden herabgehen müßte. Im Jahre 1872 — diese Reminiszenz dürfte besonders die Herren von der Rechten interessieren — fand in Eisenach eine Konferenz ländlicher Arbeiter statt, auf der ein Antrag des bekannten konservativen Socialreformers Rudolf Meyer und eines medienburgischen konservativen angenommen wurde, in welchem die **gesetzliche Einführung einer Normal-Arbeitszeit von wöchentlich 56 1/2 Stunden gefordert wurde**. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Nicht allein für die Industrie, sondern auch für die Landwirtschaft. Darum hat der Geheimne Regierungsrat Wagener, der ebenfalls auf jener Konferenz anwesend war, dem Fürsten Bismarck eine Denkschrift eingereicht, in der eine einschneidende soziale Reform als Aufgabe der Reichsregierung bezeichnet wurde, um auf diese Weise die katholischen Arbeiter dem Centrum abspenstig zu machen. Zu diesem Zweck überreichte Geheimrat Wagener der Regierung einen Gesetzentwurf, in dem eine wöchentliche Normal-Arbeitszeit von 56 1/2 Stunden gefordert, Ueberstunden ausdrücklich ausgeschlossen und für die Frauen und Kinder weitere Verkürzungen der Arbeitszeit vorgesehien wurden. Für die ländlichen Arbeiter sollte die Arbeitszeit im Frühjahr und Herbst nicht über 11 Stunden, im Sommer nicht über 12 Stunden betragen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Heute, nach 30 Jahren, ist dieser Gedanke noch ebenso wenig Gesetz wie damals. Was würden die konservativen sagen, wenn wir Ihnen heute diesen Gesetzentwurf mit zeitgemäßen Änderungen wieder vorlegten?

Wir verlangen auf socialdemokratischem Gebiete ferner einen **Gesetzentwurf** betreffend **das Verbot der gewerblichen Kinderarbeit und Befreiung der Miskunde der Heimarbeit**. Mit den Vorschlägen, die das Reichsamt des Innern und macht zur Erweiterung der jetzt bestehenden Kommission für Arbeiterstatistik, sind wir in keiner Weise zufrieden. Wir verlangen eine vollständige gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, wie sie für das Unternehmertum in den Landwirtschaftskammern, in den Handels-, den Gewerbe- und Handwerkerkammern besteht. **Haben die 13 Millionen Arbeiter weniger Anspruch auf eine gesetzliche Vertretung, wie die 5 1/2 Millionen Unternehmer?** Aber freilich, nach der ganzen Haltung des Reichsamts des Innern sind wir überzeugt, daß es auch weiterhin Reformen auf diesem Gebiete hinauszuhalten bestrebt sein wird.

Ich bin überzeugt, daß in unserem Etat auch fernerhin die Ausgaben wachsen, die Einnahmen mindestens nicht steigen werden. Sie haben ja bereits alles besteuert, was überhaupt zu besteuern möglich ist. Welcher Gegenstand soll noch weiter besteuert werden, der eine nennenswerte Summe einbringen könnte. Das Centrum hat ja seine Phantasie, um die sogenannte Zugusssteuer auszubenten, nach allen Richtungen angestrengt, trotzdem heben sich die Einnahmen nicht vermehrt. Die Herren haben sich mit ihren Steuerprojekten sehr verlesen. Auch die Vorkriegsgeschäfte sind in einer Weise besteuert worden, die den Vorkriegsverkehr notwendig beeinträchtigen mußte. Wir haben vorher auf das Verbot dieser Art von Besteuerung aufmerksam gemacht. Die sechs letzten Jahre haben uns immer mehr Ausgaben gebracht; immer höher ist die Schuldenlast des Reiches gewachsen, durch die **Flottenverlängerung** sind dauernde Ausgaben festgelegt worden. Daß die Schuldenlast größer geworden ist, wie kann man sich darüber wundern! (Sehr richtig! b. d. Soc.) Im Jahre 1888 hat das Deutsche Reich 884 Millionen Schulden; am 1. Sept. 1901 war diese Schuldenlast auf 2696 Millionen Mark gewachsen. 110 Millionen Anleihebetrag waren noch vorhanden und 182 Millionen Mark werden neu gefordert, so daß jetzt die Schuldenlast auf 2888 Millionen Mark gestiegen ist. Die dritte Milliarde ist voll und in nächsten Jahre marschieren wir flott in die vierte Milliarde Schulden hinein! Der Schatzsekretär hat uns versichert, daß die Regierungen alles ausgedenkt haben, die Ausgaben zu beschränken, um die Einzellasten statt mit 60 nur mit 24 Millionen Mark zu belassen. 36 Millionen Mark Ausgaben sind also gestrichen. In der Öffentlichkeit ist gesagt worden, daß eigentlich 100 Millionen zu deden waren, daß aber in Rücksicht auf die einzelnen Staaten die Ausgaben entsprechend herabgesetzt worden sind. Wie lange werden denn die Herren von der Regierung noch sporen, wann werden sich denn der Kriegs- und der Marineminister von neuem anmelden? Die 36 Millionen, die jetzt gestrichen sind, bleiben schweben und werden wahrscheinlich im nächsten Jahre gefordert werden. Wie ist nicht der **Militär- und Marine-Etat** gewachsen. Er beträgt gegenwärtig **1039 Millionen Mark**, vor 13 Jahren aber betrug er nur **653 Millionen** und darunter befanden sich 178 Millionen für außerordentlichen Ausgaben für die Kosten der im Vorjahre bewilligten Meeresverlängerung. In diesem Etat sind die einmaligen außerordentlichen Ausgaben vergleichsweise niedrig, sonst würden wir einen Militär- und Marine-Etat von rund 1100 Millionen vor uns sehen. Herr Vachon hat nun den Nationalliberalen lebhaft vorgeworfen, daß sie die Mehrausgaben nicht verhindern hätten. Ach, meine Herren vom Centrum, so können Sie sich wirklich nicht reinwaschen! Sie tragen die Verantwortlichkeit für die Zustimmung, die Sie gegeben haben. Die Nationalliberalen gingen voran, und Sie folgten getreulich nach. Besteht nicht zwischen Centrum und Nationalliberalen ein **beständiges Wettrennen** um die Gunst der Herren von der Regierung? (Wohlfühlte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wie kann man sich aber besser die Gunst der Regierung erwerben, als durch Bewilligungseifer, als dadurch, daß man mit vollen Händen giebt, was verlangt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Unruhe im Centrum und bei den Nationalliberalen.) So sind wir in die Milliardenausgaben hineingekommen. Man hat der Regierung hier und in den Landtagen Vorwürfe wegen der Ausgabenhöhe gemacht. Das verstehe ich wirklich nicht. Von der Regierung kann man doch nicht verlangen, daß sie spart. Es liegt in der Natur jeder Regierung, daß sie ihre Machtmittel zu stärken sucht. Aber Sie sind als **Volkstreter** dazu da, diesen Aspirationen zu widerstehen. **Ist denn der Reichstag nur eine Jagemaschine?** (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Als Vertreter des Volkes, die Sie mit dem Volke in Verbindung stehen, haben Sie die Pflicht, gegen derartige Forderungen der Regierung zu protestieren und sie niedergzusinken. Verschonen Sie also die Regierung mit solchen Vorwürfen! Was vom Widerstand des Bundesrats zu halten ist, um, das wissen wir alle. Was hier in Berlin geschieht wird, danach tanzt man in Karlsruhe, München und Stuttgart und wenn den Herren die Melodie auch noch so unangenehm ist. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Aber wir Volkstreter sind zum Widerstande da. Sagen Sie also nicht: böse Regierung! sondern böse Volksvertretung! (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Sie haben sich zu bessern. Der Schatzsekretär hat eine **Bier- und Tabaksteuer** angekündigt. Für seine Interessen hat er den Moment gewiß sehr ungünstig gewählt. Uns ist aber diese Ankündigung gar nicht so unangenehm. Gewiß ist es richtig, daß wir Agitationsstoff in Hülle und Fülle haben. Aber wir können davon gar nicht genug bekommen. (Große Heiterkeit und Beifall bei den Socialdemokraten.) Es macht sich ja sehr gut, wenn Sie (zur Regierung), die Sie überhaupt kein Lebensmittel mehr unversteuert lassen haben, jetzt bereits dazu kommen, auf bereits versteuerte Gegenstände abermals höhere Steuern zu legen.

(Bravo! bei den Socialdemokraten.) Gewiß, wenn man mehr Ausgaben macht, muß man für mehr Einnahmen sorgen. Wie der Schatzsekretär aber ein anderes Steuerprogramm erfinden wird, ist mir unerschindlich. Er kann sich antun, was er will, ich glaube kaum, daß ihm etwas einfallen wird. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Er müßte denn etwa auf den Gedanken kommen, Lust und Wasser zu besteuern. (Heiterkeit links. Abg. Dertel: Klaviersteller!) Also Herr Dertel empfindet sich als Finanzmann! (Große Heiterkeit.) Besteuern Sie nur die Klavierer! Dann werden weniger geklaut und die Arbeitslosigkeit der Verfertiger wächst. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auf dem Gebiet der **allen Steuerprogramme** ist die Regierung bankrott. Das einzige Mittel, der Finanznot des Reiches abzuhelfen, ist eine **Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer**. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wer erhält denn das Reich? Wer stellt denn die Soldaten? Wer trägt denn die Reichssteuern? Das ist das Proletariat. (Wärm rechts.) Das sind die Arbeiter, die kleinen Leute, die große Masse der Bevölkerung. Die bringen die Mittel durch die Steuern auf Getreide, Fleisch, Petroleum, Salz, Bier, Zucker etc. auf. Wenn die Reichen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu den Kosten herangezogen würden, sie würden am lautesten schreien und alle republikanisch werden, wenn die Einkommensteuer auf 5 Prozent erhöht würde. Im sächsischen Landtage haben die Konservativen den von der sächsischen Regierung beabsichtigten Gesetzentwurf verhindert, der eine Erhöhung der Vermögenssteuer vorschlag. (Widerspruch des Abg. Dr. Dertel.) Das wissen Sie nicht, Herr Dr. Dertel. Sie scheinen in sächsischen Dingen wenig Bescheid zu wissen. (Heiterkeit.) Die Finanzlage ist so ungünstig wegen der fortwährend steigenden Ausgaben für Militärausgaben. Die 7000 Mann aus dem letzten Quinquennat, die damals gestrichen wurden, bleiben Ihnen deswegen nicht gestrichelt. Wenn der Kriegsminister die Forderung jetzt nicht gestellt hat, so weiß er warum. Die Bewilligung wäre in diesem Augenblicke einfach unmöglich. Vielleicht hat er im Bundesrat die 7000 Mann schon gefordert und sie sind ihm schon da gestrichen worden. (Heiterkeit.) Nun hat der Kaiser sowohl in Hamburg als auch in Danzig nach der Entrevue mit dem Fürsten den europäischen Frieden für lange Zeit als gesichert erklärt. Medner verliest die betreffenden Stellen aus den kaiserlichen Reden. Der Vizepräsident Graf v. Stolberg hört die Verlesung stehend an. Wie reimt es sich damit zusammen, daß wir von Jahr zu Jahr neue Militärkräfte bewilligen, gleichsam als hätten wir nichts Besseres zu thun, als unsere besten Leute in den bunten Rod zu stecken. Auf der anderen Seite wird aus höchster Runde freilich über **Weltpolitik** gesprochen, es heißt da in einer Rede: Der Punkt werden immer mehr, an denen wir unsere Rüstungen aufhängen können. Mit dieser Weltpolitik steht wieder die ganze Zolltarif-Politik im Widerspruch. Es ist begreiflich, daß man da zu einem gewissen **Bestimmungs wegen des Dreieckes kommt**. Ich gebe dem Kollegen Richter vollkommen recht, der gesagt hat, daß sich, je mehr sich die Punkte mehren, an denen wir unsere Rüstungen aufhängen können, auch der Konfliktsstoff vermehren muß. Es ist mir durchaus erklärlich, daß die Kontrahenten des Dreieckes von einer gewissen Sorge erfüllt werden, wenn sie diese Art unserer Weltpolitik beobachten. Auf der anderen Seite steht ebenso fest, daß, wenn wir erst die Politik der freien Hand in ganzem Umfange ausführen, wir dann noch viel tiefer in unsern Geldbeutel werden greifen müssen. Der Abg. Dertel hat aber den Dreieckspunkt gelöst und gesagt, er sei eigentlich nur Italien und Ostreich zuliebe geschlossen worden. Fürst Bismarck war nicht der Mann, irgend einer andern Nation etwas zuliebe zu thun. Nach dem Zusammenbruch des Dreiecksverhältnisses war der Dreieckspunkt eine politische Notwendigkeit. Es versteht sich doch aber nun von selbst, daß, wenn wir mit der Möglichkeit eines großen Krieges zu rechnen haben, wir nicht alle unsere Kräfte soweit ausgeben, daß für den Krieg nichts mehr übrig bleibt. Wenn wir uns nun jetzt schon die Köpfe über den laufenden Etat zerbrechen müssen, wie soll es dann werden, wenn ein Krieg ausbricht. Die 120 Millionen im Juliusturm, die reichen genau gerechnet nur für drei Kriegstage. Ein Oberst, Edler von der Laun, hat in einer Broschüre die Ausgaben eines künftigen Krieges berechnet. Merkwürdigerweise hat er nicht das Jahr 1902, sondern das Jahr 1922 als Grundlage genommen. Ich habe mir die Mühe genommen, die Rechnung auf den gegenwärtigen Stand unserer Streitkräfte zurückzuführen. Der Oberst berechnet, daß jeder Mann pro Tag 6 Mark kosten wird. Wir haben 8 1/2 Millionen aktives Heer, die täglich **21 Millionen** kosten würden. Unser freiwilliges Aufgebot von 4 Millionen würde 24 Millionen, die gesamte Wehrkraft also **45 Millionen** täglich erfordern. Das ist in 6 Monaten eine Summe von **8100 Millionen**, in 1 Jahre die Summe von 16200 Millionen. (Lachen rechts.) Ich halte mich doch genau an die Berechnung des Obersten. Ich verleihe also Ihr Lachen nicht. Möglich ist es ja, daß wir kein Jahr Krieg führen können, denn in den ersten acht Tagen werden eine Anzahl europäischer Großmächte den Bankrott anfragen müssen. Die Erfahrungen, die wir in China gemacht haben, die sollten uns doch zur Vorsicht mahnen.

Herr Vachon ist freilich mit dem **chinesischen Feldzug** ganz einverstanden. Herr Vachon, der belgische Minister, ein katholischer Minister, urteilt ganz anders über den Chineserkrieg. Er sagte: Es sind in China Befehle gegeben worden von Generalen, die mit den Haager Beschlüssen nicht zu vereinbaren sind. Unser Jahrhundert ist nur in Worten, nicht in Thaten sehr human. (Sehr gut! links.) Das Völkerrecht ist in China mißachtet worden. (Hört! hört! links.) Gewalt geht vor Recht. (Erneutes Hört! hört! links.) So sprach ein belgischer Minister, ein Staatsmann der Gegenwart von dem Chineserkrieg.

In einer Neujahrsrede 1901 wurde gesagt, es sei notwendig gewesen, daß wir uns einmal mit Thaten überhörten. In der **„Deutschen Welt“** erschien weiter ein Artikel von einem Offizier, in dem ausgeführt wurde, daß unsere militärischen Lehren bedauerlicherweise einem Exempel gleichen, auf das die Probe nicht gemacht werden könne. Dreißig Jahre Frieden seien zu allen Zeiten ein Verhängnis für ein Volk gewesen, sie bedeuteten ein **Padua für unsere Armee**. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Andererseits aber betont der Kaiser immer von neuem in seinen Reden, der Frieden sei auf Jahre hinaus gesichert. **Was sind das für Widersprüche!** — Gegenüber den Ausführungen der Herren Vachonmann und Vachon wäre es sehr verlockend, noch einmal auf die chronologische Entwicklung der Dinge, wie sie zu dem Gesandtenmord in China führten, ausführlich einzugehen. Mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Zeit will ich es unterlassen. Aber ich will doch daran erinnern, daß der Aufstand der Boxer die **notwendige Folge des Verhaltens der Mächte und überhaupt der Fremden in China war**. Ich erinnere an die Wegnahme von Kaifung, die Besetzung von Port Arthur, von Weihai-Wei usw., an die rücksichtslose Art, wie die Fremden gegen die Chinesen im Lande vorgingen, kurz an die ganze Reihe von Maßregeln, die in jedem andern Volke längst den höchsten Grad der Erbitterung gegen die fremden Eindringlinge hervorgerufen hätten. Ich erinnere daran, daß am 13. Juni, 6 Tage vor der Ermordung unseres Gesandten, **deutsche Soldaten von den Wällen der deutschen Gesandtschaft auf friedlich zusammensinkende Chinesen geschossen und 7 bis 8 derselben getötet wurden**. Durch all diese Maßregeln ist das Völkerrecht auf das schwerste verletzt worden. Die Ermordung des deutschen Gesandten geschah unter dem Eindruck der Ermordung der Latufors. An demselben Tage erging in Peking der Befehl an die Truppen, jeden Europäer, der ihnen begegnete, zu erschließen. Das ist in dem Verhör des sogenannten Nordens des Baron v. Ketteler festgesetzt worden. Der betreffende chinesische Offizier, der diesem Befehl nachkam, hat damit nichts getan, als nach deutschen Begriffen seine Pflicht als getreuer Soldat zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Er that nichts anderes, als

wenn unsere Soldaten auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Unteroffizier hat sich noch besonders erkundigt, ob der Befehl wirklich so geklungen habe. Er ist dann erschrocken worden und sein Kopf ist in Spiritus gelegt und nach Deutschland überführt worden. Es wäre mir interessant, zu erfahren, wer in Deutschland einen so verwerflichen Gesandten hat, den Kopf dieses Mannes in Spiritus legen zu wollen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Er ist nach Berlin geschickt worden; vielleicht ist einer der Herren am Regierungsrat so freundlich, mir über diese Handlungsweise Auskunft zu geben.

Als seiner Zeit der Kopf des Major Schill in Spiritus gelegt wurde, erregte dies Entrüstung in ganz Europa. Jetzt, hundert Jahre später, sollte man annehmen, wäre es etwas unmöglich. Aber wir sind ja bei dieser Expedition überhaupt an wunderbare Dinge gewöhnt worden, vor allem an jene **Parole, nach der nach meiner Ueberzeugung voll und ganz in China gehandelt wurde: gebt keinenardon, benehmt Euch so, daß auf tausend Jahre kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen schein anzusehen**. Nun damit ist es etwas anders gekommen. Wir haben ja das chinesische Prinzelein bei uns gesehen, es hat den Notan nicht gemacht, den man von ihm verlangte. Es hat sich nicht einschüchtern lassen, wohl aber hat man sich in Berlin einschüchtern lassen. Wollte man nicht vor der ganzen Welt durch das Schreiten der Sühnekommission blamiert sein, müßte man dem chinesischen Prinzelein nachgeben und das ist auch zum Gaudium des ganzen Auslandes geschehen. Ich bin zufällig in einem Zuge mit den Herrn von der chinesischen Sühnekommission gefahren aber ich habe nur gesehen, daß die Herren ganz liebenswürdige und freundliche Gesichter gemacht haben, und so dreinschauten, als ob sie sich ganz wohl fühlten bei uns. Von einem Scheelanschen war nicht die Rede. **Gefangene sind nicht gemacht worden von unsren Truppen in China**. Wir haben nur immer gelesen: 200 Chinesen tot, 600, 800, anders als abgerundete Hundert wurden überhaupt nicht gezählt; ohne Rücksicht darauf, ob es Männer, Weiber oder Kinder waren, hat man sie niedergeschossen. Das sind Thatfachen, die gewiß nicht dem Ruhme Deutschlands und der europäischen Civilisation förderlich gewesen sind. Die Kriege in China, in Transvaal, auf den Philippinen sind ein Schandmal für unsere Civilisation; sie sind ein Zeichen für unsere Zeiten Schande, für die Verwilderung und Verrohung des Völkerrechts. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten, Unruhe rechts.)

Die **Wegnahme der Peking Instrumente** hat auch Herr Dr. Vachon auf dem Söndabücker Katholikentag als einen Raub bezeichnet, den man sich deutschereiche habe zu Schulden kommen lassen und der Strafrechtslehrer v. Liszt hat die Handlung Deutschlands als **völkerrechtswidrig** bezeichnet. Aber diese Wegnahme ist nach dem Zeugnis des Generalleutnants von Fessel ansehbar worden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Herr v. Fessel hat im Stuttgarter China-Prozess ausgesagt: Die astronomischen Instrumente von Peking sind allerdings als Kriegsbeute beschlagnahmt worden, teils ihres Kunstwertes, teils ihres materiellen Wertes wegen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wir hatten Befehl, solche öffentlichen Gegenstände zu beschlagnahmen, um die Kriegskosten zu decken. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich frage den Kriegsminister, wer diesen Befehl erteilt hat; das ist außerordentlich wichtig. Ist er von dem Grafen Waldersee, dem Höchstkommandierenden in China, ausgegangen? Einseitig aber, von welcher Stelle der Befehl ausgegangen ist, gewiß bedeutet diese Wegnahme einen Verstoß gegen die §§ 129 und 131 des Militär-Strafgesetzbuches, wonach eine Handlungswiese wie die Wegnahme der Peking Instrumente als eine Plünderung angesehen wird, die durch das Kriegsgesetz bestraft wird. § 131 des Militär-Strafgesetzbuches sieht für solchen als Plünderung anzuiehenden Mißbrauch der militärischen Ueberlegenheit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes vor. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Derjenige, der diese Plünderung angeordnet hat, muß auf Grund des Militär-Strafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch das Protokoll der Haager Friedenskonferenz erklärt, daß Gegenstände und Gebäude, die dem Gottesdienste, dem Unterricht und der Kunst und Wissenschaft zu dienen bestimmt sind, auch wenn sie dem Staate gehören, als Privatigentum zu behandeln sind. Eine jede Schädigung solcher Gegenstände und Denkmäler sei verboten, und müsse geahndet werden. Wo ist in diesem Falle die Ahndung geblieben, wo sind die Herren zur Verantwortung gezogen, die die Peking Instrumente hierher gebracht haben? Die chinesische Regierung ist ja gutmütig genug gewesen, zu erklären: Ihr habt sie nun einmal gefesselt, behaltet sie, wenn Ihr wollt. (Heiterkeit.)

Ich komme zu den **Vorgängen in Südafrika** und erkläre offen: Was dort an Brutalität, Gewaltthätigkeit und Verletzung des Völkerrechts geleistet wurde, läßt sich nur noch vergleichen mit den Thaten des 30jährigen Krieges. Ich begreife auch, daß der Minister Chamberlain ärgerlich war über die Haltung der deutschen und der übrigen europäischen Presse diesen Gewaltthaten gegenüber. Ich begreife aber nicht ganz die Aufregung in gewissen Kreisen des deutschen Volkes über die bekannten Äußerungen Chamberlains. Man hatte keinen Grund, Chamberlains Urteil über die deutsche Kriegsführung zu fürchten. Chamberlain hat auch, soweit ich die Stelle der Rede kenne, nicht nur Deutschland gemeint, sondern auch Rußland, Frankreich, die Vorgänge in Kleinasien usw. ganz direkt beigezeichnet. Und es ist doch auch im deutsch-französischen Kriege manches Angehörige vorgekommen, wie überhaupt in jedem Kriege. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wollen Sie bestreiten, daß namentlich nach Sedan, als dieser Krieg von französischer Seite anfing, ein Volkstrog zu werden, auch deutscherseits eine ganze Reihe von Gewaltthaten vorgekommen sind, die man sehr scharf verurteilen muß? Die Franzosen waren nach Sedan in der Lage der Transvaaler von heute und der Preußen im Jahre 1813. Gegen die **Francisirens** wurden von deutscher Seite die **strengsten Befehle** erlassen, eine Menge von ihnen wurde niedergeschossen. Ich möchte die deutsche Armee nicht der Gefahr aussetzen, in ähnlicher Lage, wie jetzt die englische Armee 2 Jahre lang einen ähnlichen Krieg führen zu müssen, ohne Aussicht auf Beendigung desselben. Glauben Sie nicht, daß dabei die deutschen Truppen auch verrohen würden? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Einen solchen Charakter nimmt unbedingt jeder Krieg an, wenn einmal die große Masse des Volkes sich gegen die Eindringlinge empört. Abg. Liebermann v. Sonnenberg hat gestern über die Zulassung der englischen Armee gesprochen. Ich möchte dabei an eine Aeußerung des „Schwäbischen Merkurs“ erinnern, der auch für Deutschland die Bildung einer Kolonialarmee aus ähnlichen Elementen empfiehlt. Dieses Blatt schrieb im Jahre 1900, man solle eine starke Kolonialarmee bilden aus der Gese des Volkes und die Insassen der Gefängnisse diesen Truppen einreihen. „Verwenden wir Offiziere, die in deutschen Garnisonen als nicht ganz faire erscheinen, zur Führung dieser Kolonialtruppen.“ (Hört! hört! links.) Auch hier leuchtet die Absicht vor, solche Kriege möglichst roh und brutal zu führen. Also auch in Deutschland erheben sich hochangesehene Stimmen zur Bildung einer Armee aus denselben Elementen, aus denen angeblich die englische besteht und zwar speziell zur Führung des Krieges in China. An den Plünderungen in China haben notorisch auch die Missionare teilgenommen. Die französische Regierung hat ganze Aisten chinesischer Beute in Marseille landen lassen. In Paris ist ein prachtvolles Fest der Kaiserin von China angefeiert. Der Bericht des französischen Generals Boyron beschuldigt den französischen Bischof Gavrier, daß er eine Menge von 3-400 eingeborenen Christen, durch französische Soldaten eskortiert, zur Plünderung verwendet habe. In Peking seien dabei ganze Wagen mit Silberstücken im Werte von 3 bis 400 000 M. beladen worden. Der Direktor eines New Yorker Museums wies solche chinesische Kriegsbeute zurück. Dem

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. **BERLIN.** Frankfurter Allee 89.

Infolge grösserer Umbauten ist die Firma gezwungen mit einzelnen Lägern umzuziehen und veranstaltet um Raum zu gewinnen bis auf weiteres einen grossen

Räumungs-Verkauf

und bewilligt
auf alle Waren

10% Rabatt.

Kurzwaren.	Kurzwaren.	Kurzwaren.	Kurzwaren.
Nähnadeln, Brief 25 Stück 1 Pf.	Schuhknöpfe 3 Dtzd. 5 Pf.	Korsettstangen, doppelt unterlegt, Paar 6 Pf.	Strumpfhalter für Damen, mit Gurt Paar 45 Pf.
Stecknadeln, 2 Brief 5 Pf.	Schuh-Senkel, Paar 2 Pf.	Tailen-Verschlusse, grau, schw. u. weiss 8 Pf.	Kinder-Strumpfhalter mit Gurt Paar 30 Pf.
Sicherheits-Nadeln, . . im Karton 7 Pf.	Arm-Blätter, Tricot . . . Paar 7, 12 Pf.	Druck-Knöpfe, schwarz und weiss Dtz. 12 Pf.	Plüsch-Rollen, in allen Farben Meter 10 Pf.
Stopfnadeln, Brief sortiert, 25 Stck. 6 Pf.	Arm-Blätter mit Gummi, Paar 25, 30 Pf.	Mohair-Besenborte . . . Meter 7 Pf.	Perlmutter-Knöpfe, . . . 2 Dtz. 8 Pf.
Hutnadeln, mit schwarzem Knopf, 2 Stück 1 Pf.	Baumwoll-Band, . . breit, 8 Meter 12 Pf.	Wäsche-Knöpfe, prima Leinen, Dtz. 5 Pf.	Kleider-Besatzknöpfe, . . Dtz. 7 Pf.
Haarnadeln, Prima Schwabacher, 5 Brief 10 Pf.	Reinleinen-Band . . . Stück 7, 10 Pf.	Gurtband mit Gold, 8 Meter, Stück 45 Pf.	Kleider-Aufschürzer, 4teilig 35 Pf.
Locken-Nadeln, 10 Brief 5 Pf.	Kraus-Gummi-Band . . Meter 30 Pf.	Gurtband prima Satin, 10 Meter Stück 70 Pf.	Kleiderraffer Chic (Neuheit) Stück 100 Pf.
Schneiderkreide Stück 1 Pf.	Strumpf-Gummi-Band . Meter 7 Pf.	Sloss m. Besenborte, Neuheit, Mtr. 42 Pf.	Besatzresse, schw. u. crème Meter 3, 4, 5 Pf.
Fingerhülle Stück 1 Pf.	Rock-Aufhänger . . . 10 Stück 5 Pf.	Wasch-Besenborte, baumwollene Meter 7 Pf.	Tailen-Garnituren mit Perlen Stück 30 Pf.
Schuhknöpfer 2 Stück 1 Pf.		Wäsche-Borte, . . . Meter 2, 4, 6 Pf.	Nähseide, in allen Farben, 5 Rollen 10 Pf.
Futterstoffe.	Strumpf- u. Wollwaren.	Weiss-Waren.	Baumwoll-Waren.
Jaconet, schwarz, weiss, grau Meter 25 Pf.	Damen-Unterjacken, m lang. Stück 90 Pf.	Valencienne-Stoff für Passe Meter 95 Pf.	Züchen Meter 25, 30, 38 Pf.
Jaconet, farbig Meter 28 Pf.	Herren-Unterjacken, . . Stück 40 Pf.	Tüll-Châles Stück 55 Pf.	Inlett, 5/4 rot, rossgestreift, Meter 33, 37 Pf.
Rauschfutter, schwarz, Met. 25, 30, 35 Pf.	Herren-Socken . . Paar 15, 27, 32 Pf.	Spachtel-Kragen . . . Stück 1,25 M.	Inlett, 4/4 rot od. gestreift Meter 65 Pf. 1,00, 1,20 M.
Rauschfutter, farbig . Meter 30, 40 Pf.	Damen-Strümpfe, deutsch, lang Paar 38, 45 Pf.	Chantilly-Tüll, 70 cm . . . Meter 85 Pf.	Piqué, Barchent . . Meter 30, 38, 45 Pf.
Tailenfutter-Göper Met. 28, 25, 30, 35 Pf.	Ein grosser Posten	Valencienne-Spitzen, 6 cm breit Meter 10 Pf.	Dimiti für Kopfkissen . Meter 50, 60 Pf.
Tailenfutter zweiseit, Met. 26, 30, 38 Pf.	Damen-Promenaden-Strümpfe, Reeller Wert 75 Pf. jetzt . . 45 Pf.	Schleier-Tüll, farbig . . . Meter 10 Pf.	Dimiti für Deckbetten . Meter 70, 90 Pf.
Wattier-Leinen Meter 28 Pf.	Strick-Westen für Herren Stück 1,75 M.	Gazesstoff, plissiert Meter 68 Pf.	Hemdentuch Meter 15, 20, 25, 28, 33 Pf.
Kleider-Satin Meter 60 Pf.		Moire-Ballayeusen . . . Meter 48 Pf.	Louisianatuch Meter 25, 30, 38, 45 Pf.
Camloff, schwarz . Meter 33, 38, 45 Pf.		Krawatten-Bänder . . . Meter 8 Pf.	Staubtücher . . . Stück 6, 8, 10, 15 Pf.
Camloff, farbig Meter 35, 45 Pf.		Krawatten-Bänder, breit . Meter 30 Pf.	Dimiti für Negligé, Meter 28, 38, 45 Pf.
Möbel-Stoffe.	Kleider-Stoffe.	Weiss-Waren.	Tisch-Wäsche u. Leib-Wäsche.
Bettvorlagen 68 Pf. 1,20, 1,50 M.	Hauskleiderstoffe, engl. Noppe, Mtr. 25 Pf.	Geiffon-Schleifen Stück 40 Pf.	Damen-Hemden Stück 85 Pf. 1,10, 1,25 M.
Gardinen abgepasst, Fenster 1,10, 2,50, 3,00 M.	Bayrische Lodenstoffe Mtr. 45 Pf.	Chiffon-Jabots Stück 95 Pf.	Damen-Beinkleider Stück 1,10, 1,25, 1,50 M.
Gardinen mit Languette Mtr. 22, 30, 45 Pf.	Winter-Tuche schwer Mtr. 36 Pf.	Fichus aus Tüll Stück 2,25 M.	Damen-Nachtjacken St. 85 Pf. 1,25, 1,50 M.
Steppdecken, reine Wolle, Stück 3,00, 4,95 M.	Cheviot, schwarz u. farbig Mtr. 48, 60, 75 Pf.	Regattes mit Kragen Stück 80 Pf.	Küchen-Handtücher 1/2 Dtzd. 1,45, 1,75 M.
Schlafdecken Stück 90 Pf. 1,15, 1,25 M.	Alpaca, glatt u. gemustert 50, 75 Pf. 1,00 M.	Tändel-Schürzen, bunt . . . Stück 38 Pf.	Stuben-Handtücher 1/2 Dtz. 1,50, 2,00, 2,20 M.
Möbel-Krepp Meter 45, 60 Pf.	Homespun, neueste Farben . . . Mtr. 63 Pf.	Tändel-Schürzen in Seide . Stück 2,65 M.	Tischtücher Stück 35, 70 Pf.
Möbel-Kattun Meter 25, 30 Pf.	Woll-Satin, hell u. dunk gestr. 75 Pf. b. 1,50 M.	Türkisch seid. Schürzen . . Stück 1,10 M.	Tischtücher Gr. 115/125 cm, Stück 1,10, 1,50 M.
Tischdecken Stück 1,35, 2,75, 3,25 M.	Ein Posten vorjähriger Kattune und Organdis . . Mtr. 25-50 Pf.	Rock-Spitzen, schwarz m. bunt, Meter 35 Pf.	Thee-Gedecke mit 6 Servietten 1,25, 1,65 M.
Wachstuchdecken Mtr. 88 Pf. 1,25, 1,40 M.	Ein Posten Damen-Unterröcke . . Stück 1,25-4,50 M.	Einsätze dazu passend . . . Meter 20 Pf.	Handtuchstoffe . . . Meter 25, 28, 38 Pf.
Teppiche Stück 4,50, 7,50, 10,00, 12,50 M.		Ein Posten Spitzen u. Band-Reste aussergewöhnl. billig.	Eine grosse Partie Damast-Servietten 62/63cm gebt. 5,75 M.
Konfektion.	Karneval-Artikel.	Tapiserie.	Ball-Artikel.
Ein grosse Partie Barchent-Blusen Stück 65 Pf.	Gesichts-Masken Satin, Stück 8, 11, 15 Pf.	Tischläufer aus Java-Stoff, fertig gestickt Stück 2,40 M.	Ball-Grèpe in feinen Lichtfarben Meter 45 Pf.
Ein grosse Partie Seidene Blusen Stück 3,75 M.	Gesichts-Masken, Atlas . Stück 22, 28 Pf.	Plättbrettbezug, vorgeseichnet, Stck. 90 Pf.	Ball-Stoffe weiss, crème, gemustert, Meter 85 Pf.
Ein Partie Schwarze Cheviot-Blusen ganz auf Futter Stück 3,00 M.	Kopfputz Stück 55, 65, 85 Pf.	Stuben-Paradehandtuch mit Durchbruch, Stck. 95 Pf.	Ball-Eoharpes, Wolla mit Seide, Stück 1,00 M.
Ein Partie Costumes-Röcke aus schwerem Cöper-Tuch, Stck. 4,45 M.	Armbänder Stück 13, 18, 25 Pf.	Küchen-Paradehandtuch, vorgese. Stück 19 Pf.	Ball-Eoharpes m. seidenen Chenillen-Fransen . . . Stück 1,75 M.
Ein Partie Schwarze Tuch-Röcke, reich besetzt, hervorragend billig, Stck. 11,50 M.	Ketten Stück 25, 45, 75 Pf.	Decken, 60/60 cm gross . . . Stück 68 Pf.	Ball-Strümpfe Stck. 13, 25 Pf.
Jackets, Saocos, Paletots, Capes, Abend-Mäntel bedeutend unter Preis.	Filigran-Schmetterlinge in all Gröss. 25, 30, 35 Pf.	Besen-Handtuch, garniert . Stück 1,05 M.	Ball-Handschuhe, ganz lang . . . 25 Pf.
	Münzen, Flittern, Sterne und Halbmonde in Zink, Gold und Silber, Lahnänder, Goldspitzen, Goldtressen.	Wäsche-Beutel, gezeichnet . Stück 90 Pf.	Ball-Handschuhe, reine Seide . . . 75 Pf.
	Tarlatan mit Gold und Silber, 60 cm. Meter 16 Pf.	Servier-Tischdecke, vorgese. Stück 68 Pf.	Ball-Fächer . . . Stück 75 Pf. 1,00, 1,25 M.
	Ball-Sammet in vielen Farben Meter 58 Pf.	Küchen-Tischdecke gestickt, Stück 1,60 M.	Ball-Pelerinen Stück 5,50, 6,50 M.
		Wasserleitungschoner . . . Stück 55 Pf.	Ball-Blumen in grosser Auswahl.

Lokales.

Die Viermark-Steuer.

Als am 31. Oktober 1901 die Berliner Stadtverordneten-Versammlung dem Vorschlag des Magistrats, die Gemeinde-Einkommensteuer der zweiten Stufe vom 1. April 1902 nicht mehr zu erheben, ihre Zustimmung versagte, da dürfte man hoffen, daß die Anwesenheit damit noch keineswegs endgültig erledigt sei.

Zehn Wochen nach dem ablehnenden Beschluß vom 31. Oktober — und eine einzige Woche nach der Konstituierung der Versammlung! Im Oktober hatten es die freisinnigen Freunde der Viermark-Steuer noch auf 57 Stimmen und die Gegner (die Socialdemokratie und ein kleiner Teil der Freisinnigen) auf 58 Stimmen gebracht.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich mit dem Antrag vielleicht schon in ihrer nächsten Sitzung zu beschäftigen haben. Wenn sie ihm zustimmt und die Viermark-Steuer endlich beseitigt, so wird sie ein altes Unrecht wieder gut machen, das durch das Verschulden der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung so lange gegen die unbemittelte Bevölkerung Berlins begangen worden ist.

Schauererzählungen aus dem städtischen Obdach.

Werden von Zeit zu Zeit von der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Diesmal ist es zur Abwechslung wieder einmal die brave „Berliner Morgenpost“, die unter dem Titel „Sagabunden und Jagden im städtischen Obdach“ über eine solche Geschichte berichtet.

Daß die Angestellten des Obdachs solchen Elementen gegenüber keinen leichten Stand haben, das ist leider wahr. Es ist im Prinzip auch gar nichts dagegen einzuwenden, daß sich die „Morgenpost“ der Obdachangestellten annimmt. Sie hat das schon im Herbst getan, als infolge der Veröffentlichungen des „Vorwärts“ die Zustände des städtischen Obdachs in der Presse erörtert wurden.

Schärfste Zurückweisung verdient die Bemerkung der „Morgenpost“, die „Verschieber“ seien „jene ungerne gesehene Gäste, bei denen notorische Arbeitscheu festgestellt ist“.

Gerade jetzt ist es besonders leicht, im städtischen Obdach als „notorisch Arbeitscheuer“ tagiert zu werden. Das Blatt sagt selber, es habe sich die Notwendigkeit herausgestellt, den Besuchern des Obdachs erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und zur Feststellung von „Verschiebern“ energischerer Maßregeln anzuwenden.

Für die Neubauten von Gemeinde-Doppelschulen in der Samariter-Greifensbogensstraße und an der Pappelallee 41/42 und Engenerstraße sind der Stadtverordneten-Versammlung mehrere Vorlagen behufs Genehmigung der Bauten und Kostenschätze zugegangen.

Die Feuerbestattung im Lichte der Aesthetik. Vor einem Publikum, das, anscheinend aus allen Klassen der Bevölkerung bestehend, den Bürgeraal des Rathauses bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, hielt Dr. Weigt-Hannover den angekündigten Vortrag über: „Die Feuerbestattung im Lichte der Aesthetik“.

Ein Verwaltungsgebäude, sowie ein offenes Haus für Frauen und zwei Kaufmannshäuser beabsichtigt der Magistrat für die Irrenanstalt Buch auf dem Rietzelgut Buch zu erbauen. Die Kosten hierfür sind auf 1823000 M. veranschlagt, die noch in der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt werden müssen.

Um nicht in den Tod gegangen. In dem Hause Junkerstraße 2 wohnte seit 20 Jahren im dritten Stock der Buchdrucker Fiedert und seit 12 Jahren im zweiten Stock der Tapezierer König mit ihren Familien.

Der wegen des Sittlichkeitsverbrechens in Schöneberg festgenommene Walter Jage wird nicht vor Gericht gestellt werden. Der achtzehnjährige junge Mensch, der am Dienstagabend die zehnjährige Frieda Kröbel aus der Goldstraße verewaltigte, ist unabweislich geisteskrank und von seinem Vater her erblich belastet.

Zwei junge Weltreisende aus Berlin sind in Prag auf dem Bahnhofe angehalten worden. Der 14 Jahre alte Sohn Otto des Postkassensers Sch. aus der Lübeckstraße 40, der die Tertia des Wilhelm-Gymnasiums in der Bellevuestraße besuchte, machte vor vierzehn Tagen im kleinen Tiergarten die Bekanntschaft eines 15jährigen Primaners vom Luisen-Gymnasium und las seitdem mit ihm jeden Nachmittag Bücher und andre Geschäfte.

schwärmte, der sich auch 80 M. gespart habe, blieb er am Dienstagabend aus und gab auch die folgenden Tage kein Lebenszeichen von sich. Die Eltern erdachten schließlich, daß ihr Sohn seine Sperrkassette mit 20 M. mitgenommen hatte, und zeigten sein Verschwinden der Polizei an.

Eine Belohnung von 2000 Mark ist auf die Ergreifung eines Mörders ausgelegt worden, auf den auch die hiesige Kriminalpolizei fahndet. Am 3. d. Mts. wurde in der Kleinfriedrichstraße zu Frankfurt in der Pfalz, die Kindergärtnerin Emilie Fiesler, die in dem Schulgebäude für sich allein in einem Flügel wohnte, auf der Veranda ermordet aufgefunden.

Ein falscher Kriminalbeamter ist in der Nacht zu gestern als Dieb ergriffen worden. In den verschiedensten Stadtteilen mietete sich in der letzten Zeit ein Mann, der sich als Kriminalbeamter vorstellte und erzählte, daß er von seiner Behörde mit Recherchen in einer wichtigen Angelegenheit betraut sei und auf eine gute Wohnung Gewicht legen müsse, möblierte Zimmer. Sobald er dann konnte, bestahl er die Wirthe und verschwand.

Nach Bekanntmachung des Polizeipräsidenten ist mit dem Regierungspräsidenten zu Potsdam eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß Gesuche um Erteilung der Erlaubnis zum Angeln während des Sonntags oder während der wöchentlichen Schonzeit der Fische in den außerhalb der Berliner Weichselgrenze befindlichen Gewässern zunächst dem Polizei-Schiffahrtsbureau zur Prüfung und gutachtlichen Aeußerung vorgelegt werden.

Durch das für die hiesige Gegend seitene Schanzpiel eines Vergnüglichen sind in dem benachbarten Stallberg-Häusersdorf mehrere Personen in Lebensgefahr geraten und die Tiefbauarbeiten in den Halbergen gefährdet worden. Von der „Hohen Halbe“ hatte sich schon im vergangenen Jahre ein Teil abgelöst und die am Berge entlang führenden Wege teilweise verflüchtigt.

Arbeiter-Bildungsschule. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Heute abend 7 Uhr, im Königshof-Restaurant, Holzmarktstr. 72: Vortrag des Rechtsanwalts Victor Frankl: „Der Zensur“. In dieser Woche beginnen die Kurse in Geschichte, Nationalökonomie und Rede-Übung.

Urania. Frühlingsfeier an der Urania, der neue Vortrag der Urania, wird im Wissenschaftlichen Theater in dieser Woche abendtäglich wiederholt werden. — Im Odessaal beginnt am Montag Herr Professor Müller einen aus Vorträgen bestehenden Cyclus über Biologie mit dem Vortrag: „Der Sitz des Lebens und die lebendige Substanz“.

Der Orgelvortrag in der Marien-Kirche am Montag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wird ausgeführt von Herrn Otto Diemel, Fr. Witma, Bader-Verian, Fr. Marie Lindner, Fr. Anna Reich, Fr. Marianne Wolf, der Violinvirtuosin Fr. Coriane Cornu, Herrn Friz Bäder und Herrn Organist Reinhold Kurth. Der Eintritt ist frei.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 11. Januar 1902. Auflicher Bericht der Direction. Im Verkauf standen: 5261 Rinder, 1443 Kalber, 7835 Schafe, 8948 Schweine. Bezahlt wurden für 160 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pfennigen): a) vollfleischige, ausgewässerte, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 61—65, b) junge fleischige, nicht ausgewässerte und ältere ausgewässerte 56—60, c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 52—54, d) gering genährte jeden Alters 49—51.

Table with 10 columns: Wochenschauplan, Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag. Rows include Opera, Schauspiel, Neues Kgl. Opernhaus, Theater, Deutsches Theater, Berliner Theater, Theater des Westens, Luisen-Theater.

Waldens-Theater. Sonntag, Montag, Dienstag: Sein Doppelgänger. English spoken. Von Mittwoch an: Die japanische Sasse. (Mamour). — Neues Theater. Alle Abende: Coralle u. Co. — Friedrich-Wilhelms-Abendliches Theater. Alle Abende: Der rote Fuchs. — Central-Theater. Alle Abende: Das tolle Madel. — Metropol-Theater. Alle Abende: In seine Kammern. — Thalia-Theater. Alle Abende: Die Badepuppe. — Ernst v. Wolzogen-Theater. Täglich: Die Schöne Magd. — Schall und Rauch. Alle Abende: Der Hühnerhund. — Trianon-Theater. Von Sonntag an alle Abende: Lebende Acker. — Secessions-Theater. Alle Abende: Die Stellung vor Exzellenz. — Ullendorfs-Theater. Alle Abende: Die Dame aus Trouville. — Ullendorfs-Theater. Alle Abende: Die Stellung vor Exzellenz. — Apollo-Theater. Alle Abende: König Rana. — Casino-Theater. Alle Abende: Hosen und Specialitäten.

Bekanntmachung.
der gewählten Delegierten für die
Zunungs-Krankenkasse der Tischler
und Tischeher (Zwangsdinnung)
zu Berlin.
Wir verweisen auf den Säulen-
anschlag am 13. Januar 1902.
Der Kassenvorstand, 1902/3
Julius Prillwitz, N. Frontheimerstr. 5b.

Einladung
zur außerordentlichen
General-Versammlung
der gewählten Vertreter
der Orts-Krankenkasse
für den Gemeinde-Bezirk
Lichtenberg
am Montag, d. 20. Jan. d. J.
abends 8 Uhr
im kleinen Saale des
„Schwarzen Adlers“ hierfeldt
Frankfurter Chaussee 120
im Zimmer rechts vom Haupteingang.
Tages-Ordnung:
1. Statuten-Änderung.
2. Berichtedes.
Die jedem Delegierten noch zu-
gehende besondere Einladung ist als
Legitimation zur Generalversammlung
mitzubringen und auf Verlangen
vorzuzeigen. 270/7
Lichtenberg, den 10. Januar 1902.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse.
B. Lebus
Vorsitzender.

!Gute ringfreie Milch!
Liefert in jedem Quantum an
Fabriken, Vergnügungs- Lokale
und Haushaltungen 3223/1
A. Wiesener,
1. Geschäft: Strausbergerstr. 6a.
2. Geschäft: Peterburgerstr. 4a.

Schöneberg.
Montag, den 13. Januar, abends 8 Uhr,
im Restaurant Wilhelmshof, Ebersstraße 83:
Wähler = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Nachwahl im 9. Bezirk. 2. Aufstellung der
Kandidaten. 3. Verschiedenes. [202/1] Das Wahlkomitee.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Fertige Betten und Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene.
Teilzahlung gestattet. Bei größeren Ketten Kassapresse. Lieferant des Post-Spar- und Vorschuß-Bereichs.



Jeder sein eigener Destillateur!
Die Selbstbereitung von Cognac, Rum, Liqueuren, Punschextrakten etc.
Original-Reichel-Essenzen „Lichterz“
enthalten die natürlichen Bestandteile konzentriert und im richtigen Verhältnis. Die Art der Zusammenlegung ist unerschöpfbar und von höchster Vollkommenheit, frei von jedweder schädlichen Beimischung.
Vorrätig über 100 Sorten. Vollkommen gebrauchsfertig.
Eine Originalflasche mit Gebrauchsvorschrift kostet zu 2/4 Liter und mehr für:
Nordhäuser, 40 Pf.,
Gommeranz, 50 Pf.,
Jäger, 50 Pf.,
Hals und Halb, 60 Pf.,
Wepermann, 60 Pf.,
Cognac, Rum, Arrak, 1 Mark,
Alkohol, Curacao, 1 Mark.
Benedictiner, 40 Pf.,
Chartreuse, 40 Pf.,
Fenille, 40 Pf.,
Cierocqua, 40 Pf.,
Ananas- und Kaiser-Punsch, 40 Pf.,
Grog, 40 Pf.,
Blutwein, 75 Pf.,
Eberh Brand, 40 Pf.,
Handdoctor, 1 Mark,
Cognac 3 Sterne, 2 Mark,
Rum 3 Kronen, 1,25 Mark.
Kein Misslingen! Die Erfolge überraschen! Man prüfe selbst!
Ein gutes Rezept:
1 Originalfl. echt Stöndorfer Bitter: Offen für 75 Pf. (nach Originalrezept aus Gebirgs-kräutern gezogen), 1 Liter Weingeist (90 %), 1 Liter Wasser und 1/4 Pfund Zucker giebt 2 1/2 Liter Stöndorfer
von größter Reinheit und unerreichbar Wohlgeschmack, der dem in Stöndorf hergestellten durchaus ebenbürtig ist und sich von demselben in keiner Weise unterscheidet. Seine wohltuende stärkende Wirkung ist allbekannt.
Mehr als doppelte und dreifache Ersparnis!
Täglich begelobte Anerkennungen!
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.
Essenzen-Fabrik mit Dampfbetrieb.
Fernsprecher: Amt IV 3190 und Amt IV 646.
Heber 600 Niederlagen in Deutschland.
Verlangen Sie ausdrücklich **Reichel-Essenzen** und nehmen Sie nur Originalflaschen mit meinem Namenszuge und Schutzmarke als Wahrzeichen der Echtheit!
Nur dann haben Sie Garantie für vollen Erfolg!
Man achte genau auf unverletzten Kapselverschluss mit meiner Firma. Jeder fordere kostenfrei: Die Destillation im Haushalte.
Niederlagen durch meine Plakate kenntlich.
Wo keine Niederlagen, hier frei Haus durch meine Gespanne.
Verband nach anstandslos gegen Voreinleitung oder Nachnahme.
Guten Sie sich vor künstlichen, oft gefundelt-schädlichen Extrakten, die nichts weiter als rohe Imitationen sind.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 18. Januar 1902:
XI. Stiftungsfest
des Socialdemokratischen Wahlvereins für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine Freiheitshänge (Berlin) und
Sangeslust (Tempelhof), Dir. E. Thilo, sowie des Berliner Uk-Trios.
Festrede,
gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Wolfgang Heine.**
Nachdem **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 8 Uhr. Programm 25 Pf.
240/1* **Der Vorstand.**

Achtung, Tischler!
Folgende Beschäftigten sind gesperrt:
Gedr. Weiler, Brunnenstr. 79.
Weinland, Fruchtstr. 25.
Fiede, Schmalstr. 8-9.
Gültenberg u. Kroll, Warfchauer-
straße 59. 198/2
Der Vorstand
des Fachvereins der Tischler
Berlin und Umgegend.

Verein für Frauen und Mädchen
Schönebergs und der Umgegend.
Mittwoch, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Obsts Festhale,
Meiningerstraße 8:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Frauenvortrag. Referentin Fr. Dr. Springer, über: „Innere Ver-
stärkungen.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedene Vereinsangelegenheiten. 285/8
Frauen als Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**
Der Verein hält am Sonntag, 1. Februar, in Obsts
Festhale, Meiningerstr. 8, seinen ersten

Wiener Maskenball
ab. Vor der Demasierung großer Festung. Turnier zu Koyenleibbogen.
Bitter zu Fuß und zu Pferde. — Kostüme zum Festzug sind zu haben bei
Schroder, Postamtstr. 3 (im Laden).

Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen
beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Montag, den 13. Januar 1902, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 1) Engel-Ufer 15:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom IV. Quartal 1901. — 2. Berichte. — 3. Wahlen. —
4. Die Arbeitslosen-Zählung. — 5. Gewerkschaftliches. 75/1
Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**
NB. Den Kollegen teilen wir frühzeitig mit, daß es dem Vorstand
gelungen ist, für den diesjährigen Maskenball des Verbandes Kellers
Festhale, Kopenstr. 29, zu gewinnen. Derselbe findet am 1. März statt.
Billets sind in der Versammlung und in den Zahlstellen zu haben.

Achtung, Kürschner!
Montag, den 13. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von
O. Feind, Weinstraße 11:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Gruppe über: „Technische Fortschritte im
Bekleidungs-wesen.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung des dritten Quartals
des IV. Jahrganges. 4. Verschiedenes. 102/1
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Bereinigung der Maler.
Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15 (Saal IV):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht des Vorstandes. Kassendbericht. Wahl der Verwaltung. Bericht
des Delegierten in der Berliner Gewerkschaftskommission und Remo-
deselben. 124/1
Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Ballschmieders Kastanienwäldchen.
Badstr. 16. **Gesangverein** Badstr. 16.
Nordwacht.
M. d. V. S. S.
Sonntag, den 18. Januar 1902:
Großer Wiener Maskenball
Wozu freundlich einladet **Das Komitee.**
65/1 Anfang 9 Uhr. **Entrée 50 Pf.**

Konditoren! Konditoren!
Central-Verband der Konditoren.
Zahlstelle Berlin. 51/1
Heute, Sonntag, den 12. Januar, von nachmittags 4 1/2 Uhr ab,
in Louis Kellers Festhale, Kopenstr. 29:
X. STIFTUNGSFEST.
Festrede, gehalten vom Genossen **August Bebel.**
Auftreten des beliebten Berliner Uk-Trios. — Gesangsvorträge
vom Bäder-Gesangsverein „Morgengrauen“, Grosse Überraschungen.
Tanz.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Musik wird von
der freien Vereinigung der Civil-Vermittler ausgeführt.
Billets a 30 Pf. sind im Arbeitsnachweis, Gornemannstr. 28, in den Zahl-
stellen sowie für Nachzügler bei den Kollegen Weidner u. Bignish zu haben.
Um zahlreiches Besuch bitten **Der Vorstand.**

Socialdemokratischer Verein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr;
Versammlung
im Lokale des Herrn Schnegelsberg, Salenstraße 21.
Tages-Ordnung:
1. Welche technischen Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der
Landtagswahl? Referent: Genosse **Dr. Leo Arons.** 235/1
2. Diskussion.
Zahlreiches Besuch erwartet **Der Vorstand.**

III. Wahlkreis.
Mittwoch, 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen,
Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung des Wahlvereins.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassierers. 2. Er-
gänzungswahl des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten. 240/2
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht. **Der Vorstand.**
Die Zahlstellen des Vereins befinden sich bei folgenden Genossen:
Gottfried Schulz, Cigarrenhandlung, Admiralstraße 40a;
Willy Bötzner, Rietzstr. 15;
Martin Rejda, Kälberstr. 24, Eing. Engel-Ufer;
Fr. Krüger, Restaurateur, Nautysstraße 54;
Emil Witte, Brandenburgische 18;
Wolff Bild, Simeonstr. 24;
Ernst Vier, Alte Jakobstraße 119.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bezirks = Versammlungen.
Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
Westen- und Südwesten: bei **Habel**, Bergmannstr. 5/8
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Ahrends über: „Gewerblichen Arbeitsvertrag“
2. Wahl eines Beitragsauswärters für den Westen. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Damen haben Zutritt.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe.
Kollbergstraße 23.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Kunze über: „Die Krise und ihre Folgen
für die Gewerkschaft.“ — 2. Diskussion. — 3. Verbands- und Werkstatt-
angelegenheiten. Wahl eines Bezirksleiters und Ergänzung zur Werkstatt-
Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen der Werkstatt Heimenow u. Springborn sind zu dieser
Versammlung eingeladen.

Osten und Nordosten: bei Mann, Strausbergerstr. 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über „Gaedels Westfälischer“. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Dienstag, den 14. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr,
Branchen-Versammlung
des
Kammacher
und aller in der
Gellnoidhaarschmuckbranche besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gath. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
heiten und Verschiedenes.
Kollegen! Da wir auch zu der in Aussicht stehenden Arbeitslosen-
Zählung Stellung nehmen müssen, so ist das Erscheinen aller sehr not-
wendig.

Achtung! Achtung!
Stock- und Gellnoid-Arbeiter!
Mittwoch, den 13. Januar 1902, abends 8 Uhr, bei
Feuerstein, Alte Jakobstr. 75,
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Steiner: „Die Fortschritte der Natur-
wissenschaft im 19. Jahrhundert.“ 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegen-
heit. 4. Verschiedenes.
Erlaube die Kollegen, rechtzeitig zu erscheinen, da die Versammlung
pünktlich eröffnet wird.
Die Kommission.

Berein deutscher Schuhmacher.
Montag, den 13. Januar 1902, abends präzis 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Herrn Cohn, Reuthstr. 19-20:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassendbericht vom 4. Quartal 1901. 2. Remo-
deselben und der Brandenburger Kommission. 3. Aufstellung von
Kandidaten zum Geleiten-Auswahl der Zwangsinnung. 4. Wahl von zwei
Delegierten zur Brandenburger Konferenz. 5. Beiträge zur General-
versammlung in München und Aufstellung der Kandidaten. 6. Verschiedenes.
Wir erwarten, daß sich die Mitglieder zahlreich an dieser wichtigen Ver-
sammlung beteiligen. Zur Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.
108/2 **Die Ortsverwaltung.**

Berliner Konsum-Verein.
(Abteilung Lichtenberg.)
Montag, 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Höfflich,
Frankfurter Chaussee 120:
Mitglieder = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abteilungsangelegenheiten.
105/2 **Die Abteilungsleitung.**

Achtung! Kistenmacher. Achtung!
Montag, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadterordneten Th. Wehner
über Krisen, ihre Ursachen und Wirkung. 2. Diskussion. 3. Der Streik
bei Gdtr. 4. Verschiedenes. 103/1
Um zahlreiches Besuch bitten **Der Vorstand.**
NB. Sonntag, den 15. Februar: Großer Wiener Masken-
ball in der Königsbau. Gr. Frankfurterstr. 117. Billets werden in
dieser Versammlung ausgegeben.

Socialdemokratischer Wahlverein für den VI. Berliner Reichstags-Wahlkreis Schönhauser Vorstadt. Dienstag, 14. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im „Berliner Prater“, Kastanienallee 7-9: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow: „Die die Junger den Bauern helfen.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten, sowie Besprechung über Anträge von Mitgliedern aus den Zahlabenden.

Der Vorstand. J. A.: Karl Marx. Verein für Hauswirtschafts-Genossenschaften. Mittwoch, den 15. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festhallen, Deutschstraße 20: Öffentl. Versammlung.

Achtung! Männer und Frauen! Montag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Walter, „Urania“, Wangelstraße 9-10, Grosse öffentliche Versammlung für alle in den öffentlichen Lokalen angestellten Toiletten-Frauen u. in den Reinigungs-Instituten beschäftigten weiblichen Personen, ferner alle Frühstücks- und Zeitungs-Austrägerinnen sowie Wäschfrauen und Aufwärtserinnen.

Centralverband der Maurer etc. Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15: General-Versammlung aller zum Wohngebiete Berlin u. Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Sonntag, den 19. Januar, vormittags präcise 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain: Abends 7 Uhr: Ausschuss-Sitzung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal II): Versammlung der Silberpolierer.

500 Teppiche. Für die noch vorhandenen Restbestände der vor Weihnachten zum Verkauf gestellten 500 Teppiche.

Für Ball und Gesellschaft.

Schwarze Jackett-Anzüge . . . von 40.- bis 10 M. Schwarze Rock-Anzüge . . . von 55.- bis 21 M. Schwarze Gehrock-Anzüge . . . von 65.- bis 27 M.

Baer Sohn

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung. Chausseestr. 24a u. 25 H Brückenstr. 11 Gr. Frankfurterstr. 20.

Masken-Garderobe von Carl Ernst, Köpcke-Str. 126, 1 Tr. Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Arkonabad Lohtanin-Bäder. 34, Anflamerstr. 34 (Schräglauer der Zionikirchstraße).

Table with lottery results for the 3rd drawing of the 1st class of the 206th Reich Lottery. Columns include ticket numbers and corresponding prizes.

Achtung, Gewerkschaften! Arbeitslosenzählung!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission erlaubt sich noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß bis Donnerstag, den 10. Januar, an welchem Tage eine Versammlung der Delegierten und Vorstände stattfindet, die Namen aller bei der Arbeitslosenzählung am 26. Januar und 2. Februar tätigen Gewerkschaftsmitglieder bei uns gemeldet sein müssen. Desgleichen haben alle größeren Gewerkschaften und mindestens zwei Lokale ausgeben, von welchen eins im Norden, das andre im Süden oder Westen Berlins gelegen sein soll.

Am Sonntag, den 26. Januar, morgens 8 Uhr, finden in diesen Lokalen die Zusammenkünfte statt; von da aus werden die Mitarbeiter in die Bezirkslokale eingeteilt. In dem Bezirkslokal hat jeder sein Mitgliedsbuch vorzuzeigen, worauf er in die dort befindliche Liste eingetragen wird.

In der Hauptsache ist darauf zu achten, daß alle am 26. Januar tätigen Personen auch am 2. Februar in demselben Bezirk das Einholen der Zählkarten besorgen. Die Zählung, für welche als Zähltag der 1. Februar gilt, findet in folgenden Ortschaften statt: Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz, Tempelhof, Nixdorf, Britz, Treptow, Straus-Nummelsburg, Lichtenberg, Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Weissensee, Pantow und Reinickendorf.

Alle in Vororten wohnenden Personen haben sich im Wohnort zur Mitarbeit zu melden. Genossen, welche in Vororten wohnen, in welchen nicht gezählt wird, können sich an den ihnen zunächst liegenden Ort zur Mitarbeit wenden. Ortsleitungen, welchen es an genügenden Personen mangelt, haben sich rechtzeitig an unser Bureau, Engel-Ufer Nr. 16, an A. Köster zu wenden.

Alle weiteren Auskünfte werden dort gegeben und Wünsche von dort geregelt. Gleichzeitig wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, für diese Tage möglichst keine Versammlungen anzuberaumen.

Aus Industrie und Handel.

Die mitteldeutschen Kohlenegroßhändler hatten ähnlich wie ihre Interessenten vom Rhein die Absicht, eine Vereinigung zu bilden, die über die Preise feste Bedingungen aufstellt. Das Zustandekommen dieser Organisation ist gescheitert.

Eine bedeutende Arbeiterentlassung hat die sächsische Maschinenfabrik vorm. A. Hartmann in Chemnitz vorgenommen. Es haben am Donnerstag 600 Arbeiter die Kündigung erhalten. Weitere Entlassungen, die in Aussicht genommen waren, werden wahrscheinlich dadurch überflüssig, daß die sächsische Eisenbahnverwaltung einen größeren Auftrag für Lokomotiven an die Firma vergeben hat.

Englands Außenhandel im Jahre 1901. Die Einfuhr betrug 523 238 986 Pfd. Sterl., gegen das Vorjahr ein Rückgang von 836 177 Pfd. Sterl. Die Ausfuhr bezifferte sich auf 280 498 889 Pfd. Sterl., gegen das Vorjahr ein Plus von 10 693 107 Pfd. Sterl. Bemerkenswert ist, daß im Vergleich zum Jahre 1899 der Außenhandel den damaligen Stand übertrifft, nur gegen das Jahr 1900 mit seiner außerordentlich hohen Biffer tritt er zurück. In einzelnen ergibt sich aus

den Vergleichen ein bedeutender Rückgang der Industrie. Die Einfuhr der Metalle ist allein um 2 407 939 Pfd. Sterl. und die von Rohmaterialien für verschiedene andre Industrien, ausschließlich der Textilindustrie, sank um 7 125 181 Pfd. Sterl. Die gleiche Erscheinung zeigt sich in der Ausfuhr. Metalle sind um 5 933 147 Pfd. Sterl., Maschinen um 1 764 449 Pfd. Sterl. und Chemikalien um 320 410 Pfd. Sterl. zurückgegangen. Der Rückgang des Kohlenexports von 46 098 228 Tonnen im Jahre 1900 auf 43 766 662 Tonnen im Jahre 1901 ist im wesentlichen auf die Einführung des Ausfuhrzolls zurückzuführen.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag der Schriftsteller Herr Leo Berg über Ragun Corki, über den die „Neue Welt“ in ihrer Nr. 44 vom vorigen Jahre einen ausführlichen Artikel nebst Portrait brachte. Nach dem Vortrag las der Schriftsteller Herr Porizky zwei Reine Dichtungen Corkis vor.

Das Stiftungsfest des Vereins findet Sonntag, den 9. Februar statt. Der Reichstags-Abgeordnete August Sobell hält die Festrede. Billets sind zu haben im Verein und an folgenden Zahlstellen: Frau Vongeram, Pappelallee 128 I, Frau Klotz, Koppenstr. 81 Q. IV, Frau Steinkopf, Schwedterstr. 34, Frau Clausche, Rosfelderstr. 46, Frau Seeger, Kolbergerstr. 26.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Zahlung: Adlerstr. 123 bei Dierke, von 3-6 Uhr.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen, Montagabend 9 Uhr: Uebungsstunde in der Filiale Brunnenstr. 150. Vortrag über: Ertrinken, Ertrinken, verschiedene Formen der Bewußtlosigkeit. Nachher praktische Uebungen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Spaltenkolumne findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. N. 12. Unbedeutend halten wir das Vorkommnis nicht, oder sehr bedauerlich für die Arbeiterbewegung. Deshalb keine Erwähnung.

H. W. Auch in der Ungenügsamkeit zu Belgien sind Freistellen vorhanden. Nennen Sie unter Darlegung Ihrer Verhältnisse ein Gesuch an die Direktion der Kasse.

H. Jena. Hr. Richterfeldt-Ot. Berl. Wilhelmstr. 25.

H. W. Es wird keine Regierung geben, die auf die unzulässige Erfindung des perpetuum mobile einen Preis ausgesetzt hat und wir können vernünftigen Leuten nur den Rat geben, sich mit diesem ungelösten Problem nicht zu befassen.

H. T. 32. In den sächsischen Fortbildungsschulen wird gegen ein fünfjähriges Schulgeld von 4 M von tätigen Lehrern englischer Unterricht erteilt. — Zum Selbstunterricht empfiehlt sich die Methode Lautensangscheit (komplett 27 M.; auch in 36 Einzelbänden a 1 M. in der Buchhandlung Sponholtz erhältlich).

Aug. K. 1. Wenn die Klage nach in Schwede ist, können Sie den Eid geschworen. Ist die Klage durch Urteil abgewiesen, so ist nichts mehr zu machen. 2. 30 Pf. sind zu Neben. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt. 3. Klagen Sie beim Gewerbegericht auf Erteilung des Zeugnisses.

H. N. 77. 1. Beider kann das Mädchen nunmehr einen Anspruch mit Aussicht auf Erfolg nicht erheben. 2. Vom 15. 2. ab war zu Neben. Wenden Sie sich an das Polizeigebiet des Bezirks, in dem die Herrschaft wohnt.

Paul G. 1, 2 und 3. Sie lassen sich wieder anmelden. Nicht-Anmeldungen oder Nicht-Abmeldungen werden mit Polizeistrafen belegt. Die Strafverfolgung verfährt in 3 Monaten. — Nixdorf I. I. Rein. 2. Darüber, ob bestimmte Kapitalanlagen sicher sind, können wir keine Auskunft geben. 3. Ein Viertel. — W. M. 22. Wenn die Nebenabgaben spezialisiert sind: ja, sonst: nein. — Britz 1000. Ja.

— Entlassen, H. W. 64. Ja. — E. A. Nachdem die Ehefrau so lange gewartet hat, wird die Scheidung schwierig sein. Es würde ein Scheidungsgrund vorliegen, wenn der Mann sich ein Jahr lang gegen den Willen der Frau in bösslicher Absicht von häuslicher Gemeinschaft fern gehalten hat und die Voraussetzungen für eine öffentliche Zuechtung seit Jahresfrist gegen ihn bestanden haben. Zunächst müßte die Frau durch Nachfrage bei Postämtern feststellen, daß und seit wann ihr Mann un-aussprechbar ist. — W. M. Das Strafmaß bewegt sich zwischen 1 Tag und 5 Jahren. Auch ist Geldstrafe zulässig. Voraussetzungen darüber, wie hoch jemand in einem bestimmten Fall wohl bestraft wird, sind wertlos. — Weisel. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Klagen Sie beim Nixdorfer Magistrat gegen die Nixdorfer Kasse auf Anerkennung Ihrer Mitgliedschaft, Gewährung des Statutenmäßigen und Erstattung des notwendig Verursagten. — A. A. 1. So lange er ein entsprechendes Einkommen hat, hat er ohne Rücksicht auf das Alter zu zahlen. 2. Rein, falls es Ausnahmepath hat. Der Betroffene thut gut, sich an das Bezirkskommando zu wenden. 3. Ja. — M. G. Rein. Es ist zweckmäßig, bereits vor der Heirat zu notariellem, handsammlischem oder gerichtlichen Protokoll anzuerkennen, daß die der Vater des Kindes sind. Mit der Heirat eriangt Ihr Kind dann die Rechte eines erhehlen. Sie beantragen sofort nach der Heirat beim Standes-beamteten Umschreiben des Namens. — P. G. 19. Ja. — H. 15. 1. Circa 200 Dollar. 2. Das ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. — Z. J. Rein. — G. W. Der Mann hat sich nicht für diese Schulden seiner Frau. Hat die Frau nichts, so ist nichts zu holen. Sie kann durch Ladung zur Leistung des Offenbarungseides gezwungen werden, eidlich anzugeben, was sie besitzt. Weitere Mittel giebt es nicht. Das Urteil ist 30 Jahre lang, von der letzten Pfändung ab gerechnet, vollstreckbar. Der beste Rat ist deshalb wohl: warten Sie. — C. H. 1487. 1. und 2. Rein. — T. M. 14. 1. Ja. bis spätestens am 31. Januar. 2. Auskunft für Arbeiter in den ihr Arbeits-verhältnis betreffenden Dingen zu erteilen. 3. Das wird in jedem Jahre durch Ermittlung der Gesamtsteuer, durch Feststellung des Durchschnitts-einkommens und durch Zeittelung festgesetzt. Einen Artikel hierüber finden Sie z. B. in „Vorwärts“ vom 24. Dezember 1900. — 4. Und un-bekannt. — Sonst. Soweit ersichtlich liegt kein Grund zur Ver-weigerung der 100 Mark oder zur Erhebung einer Widerklage vor. — C. W. 100. 1. Das Urteil wird erst in einem Monat nach der-Bekanntmachung an Ihre Frau rechtskräftig. 2. Wartezeit besteht für ge-schiedene Männer nicht. — Hoffmann. 1. Rein. 2. Ja. — 1000. Rein. — H. W. 42. Wenn Sie lediglich unentgeltlich Ihren Wägen etwas verabschiedet haben, so hat Verurteilung Aussicht auf Erfolg. — W. 10. Die-Bekanntmachung der Kasse ist zureichend. Man geht der Zwangsasse an, zu der-der Betrieb des Adreßbuchs gehört. Anders steht es mit einer freien-Hilfskasse. — Arbeiterheim 59. 1. Konzeption würde erteilt werden können. Zu wenden hätten Sie sich an das Polizeipräsidium. 2. Erfolg hätte solches Unternehmen schwerlich. — Kirche. Die Gebühren sind zu-treffend erhoben. Bis zum 1. Januar 1896 wurde die Dreimark-Gebühr nicht erhoben. — H. 100. Nur die Witwe und die minderjährigen Kinder unter 15 Jahren haben einen Anspruch auf die Hälfte der für den Verstorbenen gestellten Marken. — K. 2. Rein.

Witterungsübersicht vom 11. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. = C. p. G. = F.	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. p. G. = C. p. G. = F.
Sonneberg	756 23		3 bedeckt	5	4	Daparanda	743 2		2 1/2 bed.		-15
Hamburg	759 23		3 Regen	5	5	Petersburg	735 23		2 wolflig		-1
Berlin	758 23		4 bedeckt	8	5	Fort	764 23		1 Dunst		9
Kranz/M.	767 23		4 bedeckt	3	5	Aberdeen					
Wien	760 23		3 heiter	5	5	Paris	769 23		2 bedeckt		6

Weiter-Prognose für Sonntag, den 12. Januar 1902.
Etwas kälter, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

In böswilliger Absicht

wird der Versuch gemacht, die allgemein anerkannte Vorzüglichkeit und Zuverlässigkeit unseres Adreßbuches herabzusetzen. Solange Adreßbücher erscheinen, solange giebt es Druckfehler darin und Reclamationen nach Erscheinen des Werkes. Müssen doch bei dem Berliner Adreßbuch über 600,000 Adressen, in verschiedensten Handschriften geschrieben, in kürzester Zeit zusammengestellt werden. Bei diesen unvermeidlichen Reclamationen sehen nun einige unserer Gegner mit kleinsüchtigen Mordgeleien ein. Aber man soll von seinen Gegnern lernen. Es hat sich schon längst als fühlbarer Mangel herausgestellt, daß der Zeitraum zwischen dem Erscheinen der Hauptausgabe und dem Nachtrag ein zu langer ist. Dies hat uns in unserem Bestreben, das Adreßbuch immer mehr zu vervollkommen, auf den Gedanken gebracht, eine

Neuerung einzuführen, indem zwei Nachträge

fortan statt des bisherigen einen Nachtrags erscheinen sollen. Der erste Nachtrag wird Ende Januar und der zweite Mitte Mai für die Abnehmer der Hauptausgabe unentgeltlich zur Ausgabe gelangen. Im ersten Nachtrag sollen alle Berichtigungen und Aenderungen aufgenommen werden, die nach dem Oktober-Umzug bis Mitte Januar eingetreten sind. **Anmeldungen** für den ersten Nachtrag müssen daher umgehend, **spätestens bis zum 16. Januar** an die Redaktion des Adreßbuchs, Berlin SW, Zimmerstraße 37-41, eingesandt werden. Insbesondere beliebt man bis zu diesem Termin Mitteilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, sowie von Wohnungs-Veränderungen, die nach dem Oktober-Umzug stattgefunden haben und noch nicht in der Haupt-Ausgabe 1902 berücksichtigt sind.

Berlin SW, den 11. Januar 1902.

Verlag des Berliner Adressbuchs.

auf die Revolution gedrängt, durch seine Ausbildung, seine ökonomische Macht, seinen Einfluß in allen Centren allein befähigt war, sie zu führen. Er zeigt an Hand einer überwältigenden Fülle von Thatsachen, bis zu welcher Höhe in Städten wie Bordeaux, Grenoble, Marseille, Lyon, Nantes, Paris etc. die Industrie sich entwickelt und eine Arbeitererschaft von Tausenden und Abertausenden örtlich konzentriert hatte, die aber nach völlig sich als zu ihren Prinzipalen zugehörig fühlte, willig ihrer politischen Parole folgte. Aus der Natur der Industrien der einzelnen Städte zeichnet sich schon das verschiedenartige Verhalten dieser Städte in den späteren Revolutionskämpfen ab. Die ganze Untersuchung führt hier auf den rationalen Grundgedanken der materialistischen Geschichtsauffassung und bewährt sich aufs trefflichste. Das Kapitel ist für sich schon ein hervorragendes Stück Geschichtsforschung, deren Studium sich reichlich bezahlt.

Bemerkenswert ist ein Vertreter einer der industriell vorgehenden Provinzen Frankreichs, Varnave von Grenoble, der in einem 1792 verfaßten Fragment über die französische Revolution geschichtsphilosophische Ansichten entwickelt, die dem Marxismus Geschichtsmaterialismus außerordentlich nahe kommen. Die Auszüge, die Jaurès auf Seite 98 ff. giebt, sind in dieser Hinsicht im höchsten Grade interessant. Jaurès führt Varnave als einen der Zeugen dafür an, wie verkehrt die von Taine ausgesprochene Behauptung ist, daß sich die führenden Geister der französischen Revolution von der Lektüre der Klassiker hätten den Kopf verdrehen und sich zu unmäßigen Idealen hätten bereiten lassen, daß sie ihre Forderungen aus Abstraktionen hergeleitet hätten. Weit entfernt, abstrakt und eitel gewesen zu sein, schreibt er, war die französische Revolution die substantiellste, die praktischste, die verständigste, die die Geschichte bis dahin gesehen. Und wenn Hr. Taine, dessen Werk fast ungläubliche Unkenntnisse verrät, sich so grob über die Revolution getäuscht hat, was wird aus seinen Theorien über den klassischen Geist und den Zauber der Abstraktion?

Wie auf der einen Seite die wirtschaftliche Entwicklung die materiellen Vorbedingungen der Revolution geschaffen hatte, so auf der andern die philosophische und kritische Literatur des Jahrhunderts ihre geistigen Vorbedingungen. Wer geneigt ist, diese letztere Seite zu unterschätzen, den belehren die bei den Wahlen am Vorabend der Revolution aufgestellten „Cahiers“ eines besseren. Mit ihnen und den Vorgängen bei der Wahl beschäftigt sich der zweite Abschnitt des Buches und wieder erhalten wir Einblicke in die Gedankenwelt und die sonstigen Lebensäußerungen der Nation, wie wir sie in den meisten Werken über die französische Revolution vergebens suchen. Wir haben am Eingang dieser Besprechung einige Angaben über die „Cahiers“ mitgeteilt, die erkennen lassen, in wie hohem Grade die Revolution das Werk der Nation war. Demnach auch da immer nur vom dritten Stand oder der Bourgeoisie gesprochen wird, so darf man sich die Grenze dieses

Standes nicht nach heutigen Begriffen ziehen. Er umfaßt noch die große Masse des arbeitenden Teils der Nation, von der die gewerblichen Lohnarbeiter nur eine Minderheit bildeten. So wenig entspricht der Begriff Bourgeois im Anfang der französischen Revolution der modernen Deutung dieses Wortes, daß während das nach der Julirevolution unter dem Bourgeoiskönigtum geltende Wahlrecht nur 200 000 Wähler kennt, das von den „Bourgeois“-Abgeordneten der Constituante beschlossene Wahlrecht 4 288 360 Staatsbürger zu Wählern macht. Und Bourgeois, nicht Arbeiter waren es, die dem gegenüber die Forderungen des allgemeinen Wahlrechts erhoben. Erst im Verlauf der Revolution selbst entwickelte sich langsam auch ein Klassenbewußtsein industrieller Arbeiter, das sich aber mehr in der Form eines verkäuflichen politischen Radikalismus als in eigenen wirtschaftspolitischen Forderungen modernen Charakters geltend macht. In ihren wirtschaftlichen Bestrebungen zeigen sich vielmehr die Arbeiter, ebenso wie ihre Anwälte unter den Männern der äußersten Linken (z. B. Marat) ziemlich unsicher. Sie tasten noch zwischen Forderungen, die mit reaktionären Tendenzen verflochten sind, wie z. B. die ausschließlichen Rechte einzelner Gewerbe oder Gewerksgruppen auf bestimmte Arbeiten, und solchen, die mit der Richtung der Wirtschaftsentwicklung im Einklang stehen. Dieser Unsicherheit der Arbeiter steht eine ähnliche Unsicherheit in den Reihen der bürgerlichen Parteien und Politiker gegenüber, die in erster Reihe für die widerspruchsvolle Annahme des bekannten Art. 179 der Verfassung gegen die gewerblichen Koalitionen verantwortlich zu machen ist. Jaurès schildert in anschaulicher Weise, wie dieses Gesetz Chapelier, von dem auch Marx im „Kapital“ (Band I, Kap. 24, Abschn. 3) spricht, zu Stande kam und nimmt dabei die Kammer gegen den Vorwurf in Schutz, es als ein Gesetz oder einen „Staatsstreik“ gegen die arbeitende Klasse angesehen zu haben. Gerade daß das Gesetz die Schreckenszeit überdauerte, beweise, daß es selbst von den radikalsten Revolutionären der Epoche nicht in diesem Lichte betrachtet wurde. Es ist überhaupt bezeichnend, wie wenig die Fälle, wo wirklich Arbeiterinteresse auf Bourgeoisinteresse stößt, die öffentliche Meinung in Anspruch nehmen. Sie werden noch, und zwar auf beiden Seiten, völlig als Episoden angesehen, als Zwischenfälle ohne tiefere geschichtliche Bedeutung. Allgemein herrscht noch, wie Jaurès zeigt, die Meinung vor, daß die Kleinbürgerliche Produktion, die ja in Land und Stadt bei weitem überwiegt, die normale Produktionsform sei. Wo der Volkzorn sich gegen die Reichen wendet, sind es nicht diese als Produktionsleiter, sondern als Rufführer oder, im Falle der (Marx-) Aufstände als Ausbeuter der Allgemeinheit, die er trifft. Die Bourgeoisie als Klasse ist und fühlt sich unangefochten. Daher ihre Kraft im Kampf gegen ihre royalistischen und feudalen Gegner, daher der große Zug in den damals von ihr geschlossenen Gesetzen, daher die humane, ja weltbürgerliche Grundströmung in der Revolution, ihr im weitesten Sinne des Wortes liberaler Charakter, ein Liberalismus, auf dessen Grundprinzipien die Rechtsauffassung des modernen Socialismus erwachsen ist.

Legitimer Erbe der großen französischen Revolution, hat die Socialdemokratie allen Grund, diese gewaltige, weltbegründende Bewegung hochzuhalten und gründlich zu studieren. In diesem Sinne ist die Jaurès'sche Arbeit verfaßt. Von ihrem dokumentarischen Reichtum, ihrer gründlichen und doch so feinsinnig gehaltenen Schilderung der sozialen Grundlagen und politischen Kämpfe in der Revolution, der vorurteilslosen Würdigung der in ihr handelnden Personen, der überaus gedankensreichen, ausdrucksvollen Sprache können die vorstehenden Ausführungen nur eine schwache Andeutung geben. Es ist nicht nur einer der philosophisch geschultesten Vertreter des zeitgenössischen französischen Socialismus, sondern es ist auch ein anerkannter Meister der französischen Sprache, einer der glänzendsten Redner der Gegenwart, den dieses Werk zum Verfasser hat. An das Wort Redner knüpft sich leicht eine falsche Vorstellung von Phrasenmacherei und dergleichen. Man vergesse aber nicht, daß wie die höchsten Grade in der Dichtkunst nur von Leuten erklimmen werden, die als Denker bedeutend sind, so auch nur der ein wirklich großer Redner ist, der über ein außergewöhnliches Wissen und die Gabe der formvollendeten Vereinerung dieses Wissens verfügt. Auf den höchsten Gipfeln seiner Kunst wird der Redner zum Dichter, der Dichter zum Propheten, und offenbar in diesem Sinne sagt Jaurès im Vorwort zu dem Gesamtunternehmen: „So wird unsere Auslegung der Geschichte gleichzeitig mit Marx materialistisch und mit Michelet idealistisch sein. Wohl ist es das Wirtschaftsleben, welches die Grundlage und die treibende Kraft der Menschheitsgeschichte bildet, aber über die Aufeinanderfolge der sozialen Formen hinweg strebt der Mensch, eine denkende Kraft, nach dem vollen Leben des Gedankens, nach eifriger Gemeinschaft des unruhigen, einheitsdürstigen Geistes mit dem geheimnisvollen Univerbium... Wir werden in dieser socialistischen Geschichte, die von der Bourgeoisrevolution bis zur Epoche der Vorbereitung der proletarischen Revolution geht, nichts aus dem ausscheiden, was das menschliche Leben ausmacht. Wir werden versuchen, die grundlegende ökonomische Entwicklung, welche die Gesellschaften lenkt, das glühende Streben des Geistes nach voller Wahrheit, und das hehrerzige Aufwachen des individuellen Bewußtseins, das dem Leiden, der Unterdrückung und dem Tode trotzt, zu verstehen und darzustellen. Damit, daß es die ökonomische Entwicklung auf ihre Spitze treibt, wird das Proletariat sich befreien und Menschheit werden. So muß es denn auch in Bezug auf die Geschichte zur klaren Erkenntnis sowohl der ökonomischen Bewegung wie der menschlichen Größe gelangen. Auf die Gefahr hin, unsere Leser einen Augenblick durch den verschiedenartigen Charakter dieser großen Namen zu überfallen, sei es gesagt, daß wir unter der dreifachen Inspiration durch Marx, durch Michelet und durch Plutarch diese beschriebenen Geschichte schreiben möchten, in die jeder der Kampfgewonnen, der an ihr mitarbeitete, seine eigene Gedankensumme, alle aber die gleiche Grundlage und den gleichen Glauben hineintragen werden.“

Das bedeutende Unternehmen konnte nicht würdiger eingeleitet werden als durch die Jaurès'sche Arbeit. Ed. B.

2/5 Postzeitungs-Katalog No. 2696.

Verlangen Sie

Nr. 19

der Frankfurter Halbmonatschrift für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens.

gratis in jeder Buchhandlung oder direkt vom Neuen Frankfurter Verlag in Frankfurt am Main

Das freie Wort

Abonnement pro Quartal Mk. 2.-

Herausgegeben von Max Henning.

Inhaltsangabe von No. 19

Obstruktion und Zolltarif. Von J. J. Jastrow.

Student und Studentin. Von Arnold Dodel.

Das österreich. Problem. Das zweite Eisen. Von Pergrinus.

Theologie u. Wissenschaft. Von Wilhelm Bolin.

Nationalismus. Von Georg Brandes.

Was ist das buddhistische Nirwana in Wirklichkeit? Von Arthur Pfangst.

Das beliebteste aller Hustenmittel

Rum No. 3 Façon

ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.

Jamaica-Rum

echt und echt Verschnitt
a Literfl. 1,60, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.

Glühwein-Extrakt

hochfein im Geschmack
a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12,- inkl.

Deutscher Cognac

angenehm, mild im Geschmack
a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,-

Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.
Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29.
Oranienstr. 19d. Güdner Weg 6d. Elsassstr. 71. Putbusstr. 35.
Wilsnackerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg,
Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Epigwegerichsft-Bonbons. Nur allein zu haben bei Gustav Dehm, Berlin O., Franzfurter Allee 120. G. H. Brenzel, Prinz-Regentenstr. 47 u. Hermannstr. 227. Carl Giersch, Wiesenstr. 32, und Otto Schulz, Chausseestrasse 84, im a-bis der Wiesenstr.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“

Insolventen 100, Bestelldr. 15
Belle-Alliancestr. 107, Zausenleir. 7a
Reinholdstr. 20, Oranienstr. 31
Frankfurterstr. 113, Wilmersstr. 92

gerätig Betten und Metall-Bettstellen für Kinder u. Erwachsene

Theilzahlung gestattet. Bei größeren Käufen d. Post-Spar- u. Vorzahl-Berechnung.

Blutarme, u. Kranke etc.

trinken mit größtem Erfolg

California-Blutwein

Rein präpariert, feurig süß

Kraft-Rotwein

Katholisches Stärkungsmittel von höchstem Geschmack.

Kräftigt Körper und Geist. 3221Q

Schafft Mut und Kraft.

1/2 Flasche 2 M., 1/4 Flasche 1,25 M.

Steppecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik

B. Strohmangel, Berlin S. 72, Wall-Strasse 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 32288*

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe noch Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorräthig. Schneidermeister, Temporowski, Noanderstr. 18. II.

Künstliche Zähne

ohne Schmerz-Einführung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie. Teilzahlung Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Reanderstr. 21

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 3102L*

Bad Frankfurt | Ritter-Bad

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität: Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohannis-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Grösste Heizkraft Geringster Aschengehalt Kein Schlacken-Rückstand!

sind die von altersher bewährten Vorzüge.

MARIE HENCKEL'S WERKE

Daher stellen sich diese echt Senftenberger

Henckels Brikets

thatsächlich im Gebrauch viel billiger als andere durch Reklame angepriesene Marken.

Alleiniger engros Vertrieb der Henckels-Brikets durch

Dahlmann & Co.,

Berlin NW., Holsteiner Ufer No. 8.

Zu beziehen durch alle renommierten Kohlgeschäfte.

Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, Madrasstr. 23. Pappwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle. Teilzahlung gestattet.

IV. Geschäft: Neusselstr. 67.
IV. Geschäft: Weisigerstr. 51/53.
V. Geschäft: Stralauerstr. 19

Kinderwagen, Grösstes Lager Kinderbettstellen. Berlins.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Specialgeschäft in der Branche als das meine nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren an und ist meine Konkurrenz gar nicht in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen

Chronisch Kranke,

besonders Haut-, Harn-, Nerven-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutarmut, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in 3118L*

Remedes Naturheilanstalt

„Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin. Centralheizung. Aezrtl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5, empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 31919* Auerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen. und Verlag von Max Vahing in Berlin.